

Arbeit & Wirtschaft



Neue Perspektiven

*Wie wir aus der Krise kommen,
was wir aus ihr lernen können und
warum wir neue Utopien brauchen.*

Völlig losgelöst! / 14

Jugendarbeitslosigkeit explodiert.
Was jetzt dringend passieren muss.

Kürzung, ja bitte! / 22

Eigentlich stecken wir schon mitten
in der Arbeitszeitverkürzung.

#4



MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
NICOLA SKALÉ LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Carina Altreiter, Veronika Bohrn Mena, Michael Bonvalot, Wolfgang Dorninger, Thomas Jarmer, Michael Mazohl, Anja Melzer, Magdalena Miedl, Robert Misik, Miriam Mone, Brigitte Pellar, Nicola Skalé, Irene Steindl, Christina Weichselbaumer, Markus Zahradnik, Karin Zimmermann

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impresum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
 GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21

Verlagsort Wien

Herstellungsort Neudörfel

Abonnementverwaltung und Adressänderung

Johannes Bagga, Tugce Öztürk
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Einige Mitwirkende dieser Ausgabe



MICHAEL BONVALOT
 FREIER JOURNALIST

Michael Bonvalot ist freier Journalist, Autor und Vortragender aus Wien. Seine Schwerpunkte sind Sozialpolitik, soziale Bewegungen sowie die extreme Rechte. Er schreibt regelmäßig für verschiedene Medien in Österreich und Deutschland.



IRENE STEINDL
 FREIE JOURNALISTIN

Irene Steindl ist freie Redakteurin und Schreibtrainerin für berufliches, journalistisches und kreatives Schreiben. Am Schreiben liebt sie vor allem den Prozess – wie aus Ideen ausgereifte Texte entstehen. Und wir lieben ihre Texte.



MIRIAM MONE
 ILLUSTRATORIN

Miriam Mone macht Theater, sie macht Musik und für uns spürt sie seit Neuestem in die Untiefen ihrer Seele hinein, um Illustrationen für unsere Artikel heraufzutauchen und diese dann in unser Heft zu zeichnen.



MAGDALENA MIEDL
 FREIE JOURNALISTIN

Magdalena Miedl ist hauptberuflich geschichtensüchtig: Sie schreibt seit zwanzig Jahren über Film und andere Lebensmittel, als Kritikerin, Journalistin, freie Autorin und als Host ihres eigenen Podcasts.

Bonvalot © privat | Steindl © Alexander Franz | Mone © Manfred Werner | Miedl © Fotoautomat

Krempel die Ärmel hoch!



ANJA MELZER
MICHAEL MAZOHL
 REDAKTION

Es war einmal der Neoliberalismus. Er wollte Leistung, er wollte Konkurrenz, er wollte Eigenverantwortung, er wollte einen Markt, der alles regelt. Und der Neoliberalismus hat viel davon bekommen: Privatisierungen – von Land zu Land unterschiedlich – vom Gesundheitssystem über die Pensionen bis zur Wasserversorgung. Oder Niedriglohnsektoren und geschwächte Gewerkschaften. Vermögens- und Erbschaftssteuern wurden abgeschafft, und nicht zuletzt kam das Diktat der permanenten Kosten-Nutzen-Rechnung, um aus allem Profite zu schlagen. Kurz gesagt: Die Gesellschaft hat zunehmend auf kollektive Ideen gepfiffen und ihre Ellbogen ausgefahren.

Die Ellbogengesellschaft hat sich nun aber verändert. Die gegenseitige Berührung mit dem Ellbogen wurde zum neuen Handshake. Und plötzlich wurde nicht mehr gezählt, wie viele Spitalsbetten zu viel sind, sondern wie viele noch da sind. Aus Berufsgruppen, von denen wir extrem abhängig sind und die wir zum Dank auch noch mies bezahlen, wurden Held*innen. Bekommen haben sie bis jetzt nur Applaus, aber das Momentum ist immer noch da: Diese Ungerechtigkeiten haben alle mitbekommen. Wenn nun im richtigen Augenblick die Betroffenen, die Gewerkschaften und alle, die sich mit ihnen solidarisieren, die Ärmel hochkrempeln, um laut für ihre Rechte einzutreten, dann kann sich etwas ändern.

Die nächste Krise steht schon vor der Tür

Was wir nicht vergessen dürfen: Wir stecken ja nicht nur in der Krise einer Pandemie. Wir stecken mitten in der Klimakrise, die uns wirklich ausrotten kann. Die Klimakrise ist aber ein schleichendes Wesen, das nicht durch eine Ischgl Hotelzimmertüre hereinplatzt und mit Pflichtpraktikant*innen in St. Wolfgang in beengten Wohnverhältnissen Partys feiert. Optimistisch betrachtet, können wir mit vielen Strategien und Maßnahmen beiden Krisen gleichzeitig entgegentreten – ob kurzfristig bei der explodierenden Jugendarbeitslosigkeit, mittelfristig bei der Arbeitszeitverkürzung oder langfristig bei Investitionen, die wir heute für morgen stemmen müssen. Einige Ideen dazu wollen wir in diesem Heft vorstellen.

Inhalt

WER SOLL DAS ALLES ZAHLEN?

26 Zu Staatsschulden haben die allermeisten völlig falsche Vorstellungen, Staaten funktionieren nicht wie normale Haushalte. Kann ein Staat deshalb überhaupt bankrottgehen – und müssen wir Schulden auch zurückzahlen?

AUF DIE FÜSSE STELLEN, LAUT WERDEN, SOLIDARISCH SEIN

30 Die Zivilgesellschaft hat sich solidarisch gezeigt, und Corona hat Missstände in der 24-Stunden-Betreuung deutlich sichtbar gemacht. Doch das nützt nichts – Verbesserungen gibt es keine. Dabei liegen längst konkrete Vorschläge auf dem Tisch.

DIE KRAFT DER UTOPIE

38 „Wir brauchen eine klare Vorstellung und eine Agenda für den sozial-ökologischen Umbau. Dafür müssen wir mobilisieren und parallel Debatten über eine gesellschaftliche Utopie führen“, sagt Dierk Hirschel, Chefökonom der deutschen Gewerkschaft ver.di, im Interview.

Wir müssen nur wollen	6
Wie soll es weitergehen? Unterwegs mit drei visionären Frauen	
Die große Frage	11
Es antwortet Carina Altreiter, Soziologin	
Stahlkrise und Kreisky-Kommission	12
Was uns die achtziger Jahre für die Krisen von heute mitgeben	
Völlig losgelöst!	14
Was Arbeitslosigkeit in der Jugend anrichtet	
Was können wir aus der Krise lernen?	17
Fünf Betriebsrät*innen verraten ihre Lektion	
Wohin des Weges, Kapitalismus?	18
Die Corona-Krise lädt zur Vorstellung einer anderen Gesellschaft ein	
Kürzung, ja bitte!	22
Weshalb es eine Arbeitszeitverkürzung braucht	
Wer bekommt was?	24
Die COVID-19-Gesetze und ihre Maßnahmen im Überblick	
A&W Blog	35
Der Sozialstaat als Stabilitätsanker in der Krise	
Aus der Krise in die Krise	42
Was wir aus der Corona-Krise für die Klimakrise lernen können	
Zu guter Letzt	46
Das letzte Wort hat diesmal Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident	



Arbeit&Wirtschaft



Das Magazin

Zehnmal im Jahr Arbeit&Wirtschaft als Heft. Attraktiv und informativ aufbereitete Beiträge zu aktuellen Themen aus der Arbeitswelt. Online laufend neue Artikel, Video-Interviews, Reportagen und Kommentare.

Website, Facebook, Twitter, Instagram, YouTube
werktätlich mit Abendpost als Newsletter-Abo:
www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Der Podcast

Im Podcast „Warum eigentlich?“ spricht Journalistin und Autorin **Sara Hassan** mit Expert*innen über Themen aus den Bereichen Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, Umwelt, Europa und Mitbestimmung. Gemeinsam suchen sie Antworten auf Fragen, die uns heute bewegen.

www.arbeit-wirtschaft.at/podcast



FOLGE UNS!

/AundWMagazin



Der Blog

Täglich neue Fakten und Positionen, spannende Beiträge von Expert*innen aus Arbeiterkammern, Gewerkschaften und Forschungseinrichtungen, auf Facebook, Twitter und per Newsletter.

www.awblog.at

Wir müssen nur wollen

Noch nie haben wir so intensiv über Ungleichheit diskutiert. Denn die Corona-Krise führt uns direkt an eine Weggabelung. Wie soll es jetzt weitergehen? Was können wir aus den letzten Monaten mitnehmen und in welche Richtung sollen wir gehen? Eine Reportage über drei Frauen, die auf diese Fragen eine Antwort haben.

TEXT ANJA MELZER

FOTOS MARKUS ZAHRADNIK / MICHAEL MAZOHL

Geplant war es nicht. So ist das Leben. Oder wie John Lennon, renommierter Beatles-Philosoph, einmal meinte: Leben ist das, was passiert, wenn du dabei bist, andere Pläne zu machen. „Im akademischen Bereich passt das aber nicht rein“, sagt Barbara Stefan, „dieser dicke Bauch, da bist du raus.“ Die Politikwissenschaftlerin steckt mitten in ihrer Doktorarbeit an der Universität Wien, als da plötzlich zwei Striche am Schwangerschaftstest erscheinen, aus denen ein paar Monate später dieses kleine Mädchen wird, das hier im Wohnpark Alterlaa, Block B, Ostseite – dieser Wiener Satellitenstadt, in den 1970ern als modernste Wohnanlage Österreichs erbaut –, gerade quiekend die rote Plastikrutsche runterrutscht. Endlich, sie darf wieder, denn während des Lockdowns war der Spielplatz abgesperrt. Und nicht nur das, auch der Kindergarten war zu. Elternschaft ist nicht systemrelevant.

Es gibt knapp 170.000 Alleinerziehende in Österreich, eine davon ist Barbara Stefan. In der Corona-Zeit sind sie ans Limit geraten. Sie sind Alleinkämpfer*innen, sie schultern alle Belastungen gleichzeitig, knapp die Hälfte gilt als armutsgefährdet. „Alles, was mit Erziehung zu tun hat, wird nicht als Arbeit gesehen und wird auch nicht bezahlt“, sagt Barbara Stefan. „Und in Wahrheit“, fügt sie hinzu, „sind de facto noch viel mehr Frauen alleinerziehend oder müssen alles allein schufteln, auch in Partnerschaften.“ Die

moralische Verantwortung ist weiblich, und sie zwingt die Betroffenen in die soziale Isolation.

Statistisch, das zeigen die Zahlen, ist die Vollzeitwerbsquote bei Alleinerzieherinnen viel höher als bei Müttern in Partnerschaften, schuld ist der ökonomische Druck. Jede vierte Frau in der Pension ist armutsgefährdet, lebt also unter dem Existenzminimum. Der Grund: Kinderbetreuungszeiten werden nicht voll auf die Pensionsversicherung angerechnet.

Stille unbezahlte Kämpferinnen

Corona habe die Reproduktionsarbeit sichtbar gemacht, und wie schlecht diese in der Gesellschaft gelöst ist, sagt Barbara Stefan. „Mir haben Frauen erzählt: Ich breche zusammen, ich hab keine freie Sekunde mehr für mich.“ Was sie haben: ein schlechtes Gewissen, stille Leistung und völlige Überlastung. Oder, wie man es auch nennt: unbezahlte Arbeit.

Barbara Stefan lebt von etwa 1.000 Euro im Monat, Notstandshilfe plus Familienbeihilfe, denn das Arbeitslosengeld ist ausgeschöpft. Und wegen Corona sind auch noch die Unterhaltszahlungen des Kindsvaters weggebrochen, er hat keine Einkünfte mehr, manchmal gibt er zehn Euro, manchmal zwanzig. „Aber es geht ja nicht nur ums Wohnen und Essen“, sagt sie,





Barbara Stefan ist Politikwissenschaftlerin und alleinerziehend. Gerade in Corona-Zeiten muss man sich organisieren, sagt sie.

„Auf die Sozialpartnerschaft darf man sich nicht verlassen, das ist keine fertig gekochte Mahlzeit.“

Karin Stanger, Gewerkschafterin

„es ist ja auch immer etwas kaputt, jetzt gerade zum Beispiel der Geschirrspüler, ich brauche eine Zahnbehandlung, und der Kindergarten verlangt eine Special-Regenhose.“ Was noch dazukommt: Ohne bestehendes Arbeitsverhältnis entfällt der Anspruch auf einen öffentlichen Kindergartenplatz.

„Ich bin überzeugt, dass das veränderbar ist, es muss nicht so sein. Man kann das nicht allein schaffen, aber man kann sich organisieren“, sagt Barbara Stefan. „Es ist doch völlige Illusion, dass eine Person allein ein Kind großziehen kann.“ Was es braucht: ein Unterstützungsnetzwerk aus solidarischen Personen. Deshalb hat sie die Initiative „Aufstand der Alleinerziehenden“ mitbegründet, knapp dreißig Frauen sind dabei. Nie war sie so hilfreich wie jetzt. In Kooperation mit Aktivist*innen anderer Gruppen hat man sich gegenseitig während des Lockdowns die Kinder abgenommen – und sich organisiert. Sie hat außerdem eine Mitbewohnerin, die sich ebenfalls kümmert. „Dank ihr kann ich am Morgen auch manchmal länger als bis sechs Uhr schlafen.“

Die Wienerin braucht diese freien Zeitfenster noch aus einem anderen Grund: Sie engagiert sich bei LINKS, einem neuen Wahlbündnis, das zur Wien-Wahl im Herbst antritt. Sie ist Spitzenkandidatin für den Bezirksrat und am achten Platz für den Gemeinderat. „Ich habe eine Stimme und ein Anliegen“, sagt sie. Nämlich: Reproduktionsarbeit als solche sichtbar zu machen. Und ihr einen Wert zu

geben. Denn es gibt dafür keine gerechten Arbeitsbedingungen: kein Recht auf Urlaub, kein Recht auf Erholung, keinen Mindestlohn, keine Versicherung. Reproduktionsarbeit hat keine Gewerkschaft.

Weiterkämpfen ist alles

Stichwort Gewerkschaft. Ortswechsel nach Donaustadt, ans andere Ende Wiens. Zwischen hohen und glasumhüllten Gebäuden treffen wir Karin Stanger. Die Gewerkschafterin ist erst 34, eine zarte, feingliedrige Frau. Aber sie hat eine feste Stimme. Und sie schaut dir immer in die Augen. Sobald sie die ersten Sätze spricht, ist klar: Sie hat eine Meinung. „Linie“, würde die Mühlviertlerin schlicht sagen, die heute als politische Referentin bei der AUGÉ/UG, den Alternativen, Grünen und Unabhängigen Gewerkschafter*innen arbeitet. „Was anderes als eine eigene Position gibt’s ja eh nicht, dafür lohnt es sich, aufzustehen.“ Ungerechtigkeit und Ungleichheit treiben sie an. „Denn es heißt einfach: weiterkämpfen.“

Diese Frau weiß, was Kampf heißt. Sie war ÖH-Vorsitzende der Uni Wien, der größten Universität im deutschsprachigen Raum. Als erste in ihrer Familie hat sie einen akademischen Titel erworben, mit dem Studium der Internationalen Entwicklung und Zeitgeschichte. Was viele nicht wissen: Karin Stanger hat auch eine abgeschlossene Lehre in der Gastronomie. Sie weiß, was schlechte Arbeitsbedingungen sind. Nach der Lehre hat sie ihre Matura nachgeholt. Frisch in Wien angekommen, erste Woche, erstes Semester, war das Audimax besetzt. „Die Uni-brennt-Bewegung war ein Schlüsselmoment für mich“, erzählt sie. „Ich stand da und dachte mir: Okay, wow, es gibt Menschen, die sind wie ich.“ Sechs Jahre später war sie im Team des ÖH-Vorsitzes.

„Wir sind jetzt an einer Kreuzung“, sagt sie. „Wegen Corona hat es plötzlich einiges durchgeschüttelt. Und jetzt sehen wir: Es geht eh auch anders. Da ändert sich was.“ Als Absolventin der Sozialakademie der Arbeiterkammer Wien hat sie gelernt, wie professionelle Betriebsratsarbeit funktioniert. Man müsse die Menschen

politisieren, meint sie. „Auf die Sozialpartnerschaft darf man sich nicht verlassen, das ist keine fertig gekochte Mahlzeit.“ Aber wie? Sie holt tief Luft. „Von Anfang an reinholen, alles offen diskutieren, weg von den stillen Kammerln. Es braucht eine Streitkultur. Und das muss man dann in eine gemeinsame Forderung kriegen und dann in eine Kampagne gießen.“ Für die Betriebsrät*innen bedeutet das – klar – viel Arbeit. Und viel Kraft. „Ich glaube aber, man muss es trotzdem durchziehen“, schiebt sie nach. „Man darf sich da nicht abhalten lassen.“ Und das müsse man auch in den Betrieben spüren.

Nach vorne

Was Corona nämlich auch wieder hervorgeholt hat: Solidarität. Die Arbeitslosigkeitszahlen haben sich zwar – Stand Juli – verbessert, aber es sind noch immer über 400.000 Menschen ohne Arbeit. „Die Konservativen haben stets verbreitet: Wenn jemand arbeitslos ist, ist das die Schuld des Individuums“, sagt sie. „Aber“ – und während sie den Satz beginnt, lehnt sie sich nach vorne, „aber genau das geht sich jetzt nicht mehr aus. Und genau deshalb gehen jetzt plötzlich Dinge weiter.“ Es könnte dir auch passieren. Du könntest der Nächste sein. Wir sitzen alle im selben Boot. Wir müssen es gemeinsam schaffen. „Und das ist das gesellschaftliche Gefühl gerade, wir müssen schauen, dass wir den Karren in die richtige Richtung ziehen.“ Raus aus dem tiefen Tal der Ungleichheit.

Eine, die sich seit Jahren wissenschaftlich damit beschäftigt, was Ungleichheit eigentlich ist und wie man sie verringert, ist Franziska Disslbacher, Referentin für Verteilungsfragen in der Arbeiterkammer Wien und Lektorin an der Wirtschaftsuniversität. „Es geht einerseits um die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung, andererseits um die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern, in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit.“ Das sei alles miteinander verschränkt.

Womit wir bei der Frage wären, wer diese Krise eigentlich am Ende bezahlen soll. Und wer es bezahlen kann. Vermögen, das ist

Für die eigenen Positionen muss man aufstehen, findet die Gewerkschafterin Karin Stanger





Franziska Disslbacher erforscht, wie das Rezept gegen Ungleichheit aussieht.

ein Alarmwort in Österreich. Ein Thema, das man – vor allem bei der ÖVP – nur mit Samthandschuhen anfasst. Dabei ist die Vermögensverteilung hierzulande besonders extrem. Vermögen in Österreich wird größtenteils vererbt. Das heißt: Reichtum ist keine

Menschen sind sehr schlecht darin, ihre eigene Position in der Vermögensverteilung richtig einzuschätzen.

eigene Leistung. Das Bild vom Milliardär, der es ganz allein geschafft hat, reich zu werden, ist ein Mythos. Das reichste Prozent in Österreich besitzt über 40 Prozent des Vermögens im Land. Die untere Hälfte besitzt etwa zwei Prozent des Gesamtvermögens. Österreich gilt damit als eines der ungleichsten Länder in der Eurozone. Es gibt keine Vermögenssteuer und keine Erbschaftsteuer. Der Staat finanziert sich zu 80 Prozent aus Steuern auf Arbeitseinkommen und Konsum.

Die Forschung zeigt: Menschen sind sehr schlecht darin, ihre eigene Position in der Vermögensverteilung richtig einzuschätzen. Alle – sowohl die ganz oben als auch die ganz unten – sehen sich in der Mitte. „Das hat zur Folge, dass sehr viele Menschen denken,

sie wären betroffen von Vermögenssteuern, obwohl sie es gar nicht sind“, erklärt Disslbacher.

Von den 113.000 Millionär*innen, die es in Österreich gibt, hat keiner jenen offenen Brief unterzeichnet, den 83 Superreiche aus sieben Ländern vor Kurzem in die Welt gesandt haben. „Besteuert uns“, schreiben sie, „sofort, deutlich, dauerhaft.“ Nur das sei der richtige Weg. Und: „Wir müssen unsere Welt neu ausbalancieren, bevor es zu spät ist.“ Ja, auch das hat Corona hervorgebracht. „Wir haben noch nie so offen über Ungleichheiten gesprochen wie jetzt“, findet auch Franziska Disslbacher. „Ungleichheiten, die vorher schon bestanden haben, sind in der Corona-Krise viel eklatanter geworden.“

Das gilt auch für einen anderen Garanten gegen Ungleichheit: die Arbeitszeitverkürzung. Sie schafft Jobs, sie macht alle gesünder, und sie bringt für diejenigen in 20-Stunden-Anstellungen einen höheren Lohn – profitieren würden also vor allem die Frauen. 35 Stunden als die neue Vollzeit.

Die Corona-Krise ist eine Chance, etwas nachhaltig zu bewirken. Weiterkämpfen, würde die Gewerkschafterin Karin Stanger sagen. Mitsprache einfordern, würde die Alleinerziehende Barbara Stefan hinzufügen. Und die Expertin Franziska Disslbacher würde abschließen: Wir haben die Konzepte und Modelle zur faireren Verteilung ja längst auf dem Tisch liegen.

Wir müssen nur wollen. ▀

Was bedeutet Solidarität heute?

Solidarität bezeichnet eine besondere Form der Bindung zwischen Menschen, die auf Gemeinsamkeiten – wie geteilter sozialer Lage oder Werten – beruht und daraus eine moralische Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand ableitet. Diese Wechselseitigkeit unterscheidet Solidarität von Fürsorge, die eine hierarchische und einseitige Form der Hilfe darstellt. Mit anderen solidarisch zu sein bedeutet, davon auszugehen, dass die Rollen getauscht sein könnten und dass man selbst auch mit Hilfe rechnen

kann, sollte man in eine missliche Lage geraten. Der Zusammenhalt und die Zugehörigkeitsgefühle, die eine Solidargemeinschaft ausmachen, produzieren allerdings auch Ausschlüsse. Die Grenzen einer Solidargemeinschaft sind immer Gegenstand von Auseinandersetzungen. Das zeigt sich beispielsweise in politischen Gefechten um die Ausgestaltung des Sozialstaates: Wer ist Teil der staatlichen Solidargemeinschaft und wer bleibt außen vor? Wer darf Leistungen beanspruchen und welche Bedingungen werden daran geknüpft?



CARINA ALTREITER
SOZIOLOGIN

Stahlkrise und Kreisky-Kommission

Krisen und neoliberale Politik ließen die Arbeitslosigkeit explodieren. Auf Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbunds erarbeitete eine Kommission unter dem Vorsitz von Altkanzler Bruno Kreisky ab 1986 Gegenstrategien. Vieles davon ist brandaktuell.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Die „unabhängige Kommission für Beschäftigungsfragen in Europa“, nach ihrem Vorsitzenden „Kreisky-Kommission“ genannt, legte 1989 ihren Bericht mit Analysen und einem „Programm für Vollbeschäftigung in den 90er-Jahren“ vor. Wissenschaftler*innen, Politiker*innen verschiedener Parteien, Unternehmer*innen und Gewerkschafter*innen aus vielen Ländern beteiligten sich an Arbeitstagen und Diskussionen. Die Analysen und Berichte trugen in weiten Teilen die Handschrift des Wirtschaftswissenschaftlers John Kenneth Galbraith, damals konsequentester Gegner des zunehmenden neoliberalen Kurses unter Ökonom*innen, und der aus Österreich stammenden Soziologin Maria Jahoda, der bedeutendsten lebenden Forscherin über die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen.

Auch wenn ihre Positionen oft unterschiedlich waren, verband die Kommissionsmitglieder ein gemeinsames Anliegen: Sie wollten „allen vor Augen führen, dass dringend et-



was gegen die Massenarbeitslosigkeit unternommen werden muss: ... weil anhaltend hohe Arbeitslosigkeit letztlich zu einer Bedrohung für das gesamte soziale Gefüge der westeuropäischen Staaten werden kann.“ Es war für lange Zeit der letzte Versuch, die Stärken des Sozialstaats zur Bewältigung einer Wirtschaftskrise einzusetzen, statt die Entwicklung den „Kräften des freien Marktes“ zu überlassen.

Demonstration gegen die Privatisierung der VÖEST-Alpine 1986. Sie konnte nicht verhindert werden, aber für die vielen Arbeitnehmer*innen, die bei der Umstrukturierung ihren Job verloren, setzte die Gewerkschaft die erste Arbeitsstiftung durch.

© PRO-GE-Archiv | Kreisky © Archiv Brigitte Pellar

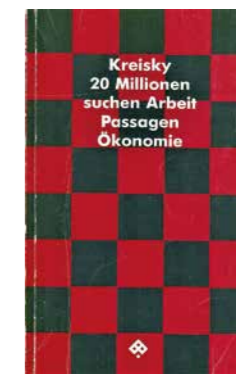
Das Ergebnis dieser neoliberalen Strategie zeigte sich schon in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre: eine große Zahl von „Working Poor“ in den USA und Großbritannien, an Menschen, die trotz fleißiger Arbeit in die Armutsfalle gerieten, und fast überall das Hinnehmen eines merkbaren Anteils an Arbeitslosen als Normalzustand. Die Kommission hielt dem entgegen, dass es unverzichtbar und auch weiter möglich sei, das Ziel der Vollbeschäftigung zu verfolgen. Sie setzte dabei auf ein Maßnahmenbündel statt auf einfache populistische Lösungen, die angesichts der wirtschaftlichen Probleme unverantwortlich gewesen wären.

Die beiden Ölpreisschocks der 1970er-Jahre hatten eine weltweite Wirtschaftskrise ausgelöst und schlugen auf die schon Ende der 1960er-Jahre beginnende Krise der Stahlproduktion durch. Die Nachfrage nach Stahl aus Westeuropa und Nordamerika war mit dem Ende der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegangen. Die Konkurrenz durch billige Massenproduktion in anderen Teilen der Welt, der Rückgang von Berg- und Schiffsbau und technologische Innovationen bei Kunststoffen taten ein Übriges – die Stahlkocher blieben auf ihren Überkapazitäten sitzen. Dazu kamen schwere Managementfehler, bei privaten Unternehmen genauso wie in Österreichs verstaatlichter Industrie. Viele Länder hatten mit einer „Stagflation“ zu kämpfen, mit einer Geldentwertung bei gleichzeitigem Wirtschaftsstillstand. Fusionen der „Big Player“ wie Thyssen und Krupp in Deutschland, Privatisierungen wie bei der österreichischen VÖEST und die damit verbundene Explosion der Arbeitslosigkeit waren die Folgen.

Wirtschaftswachstum mit Zukunftsperspektive

In den zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gehörenden europäischen Staaten stieg die Arbeitslosenrate durchschnittlich von 3,5 Prozent im Jahr 1973 auf 10,3 Prozent 1990. Österreich stand mit einer Steigerung von einem Prozent auf 3,8 Prozent in diesem Vergleich noch sehr gut da, wie überhaupt die Länder, in denen noch die allgemeine Überzeugung herrschte, „dass Arbeitslosigkeit ein soziales Übel ist und bekämpft werden muss“, die Arbeitslosenrate niedriger halten konnten.

Im Zentrum der Empfehlungen der Kreisky-Kommission standen staatliche Impulse für ein qualitatives Wirtschaftswachstum. Es habe keinen Sinn, wurde festgestellt, nicht mehr lebensfähige Produktionsbereiche um der Beschäftigung willen aus Steuermitteln zu erhalten, entscheidend sei vielmehr, dort zu investieren, wo sich der zukünftige Bedarf abzeichne, etwa bei der „Telekommunikation“ (das Internet existierte damals nur zwischen Forschungseinrichtungen und im militärischen Komplex) und beim Umweltschutz. Letztlich würde es darum gehen, die Lebensqualität der gesamten Bevölkerung zu verbessern und dabei niemanden am Rande der Gesellschaft stehen zu lassen – auch im Interesse einer stabilen offenen Demokratie. ▸



Der Bericht der „Kreisky-Kommission“ in der deutschen Fassung wurde 1989 im Bildungszentrum der Wiener Arbeiterkammer präsentiert.



Altbundeskanzler Bruno Kreisky mit ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch 1989 bei der Präsentation des Kommissionsberichts für eine Beschäftigungsoffensive.

Völlig losgelöst!

Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich könnte sich verdoppeln. Die gesundheitlichen und sozialen Folgen sind dramatisch. Expert*innen fordern rasche, entschiedene Maßnahmen, um eine „verlorene Generation“ in ganz Europa zu verhindern.

TEXT MICHAEL BONVALOT

Wir sprechen mit dem jungen Elektroniker David Janecek über seine Zukunft. „Ich hab Angst“, sagt er. Und dann: „Drei Monate wird das Geld vermutlich noch reichen, dann wird es richtig eng mit der Miete und den Kosten für das Leben.“ Seine Lehre hat David Mitte Februar in einem bekannten Wiener Telekom-Konzern beendet, jetzt ist er auf Arbeitssuche.

Die Kündigung hatte er fast unmittelbar nach der erfolgreichen Lehrabschlussprüfung bekommen. „Ich habe mich als Lehrling immer für meine Kolleg*innen eingesetzt, das hat der Firma offenbar nicht geschmeckt“, erzählt er. Und wie ist die Arbeitssuche in Corona-Zeiten? David beschreibt es mit einem Wort: „Oarsch.“

David heißt nicht wirklich David. Doch in diesen Zeiten hat er Sorge, dass die Arbeitssuche noch schwieriger wird, wenn sein echter Name in den Medien steht. Dutzende Bewerbungsschreiben habe er bereits verfasst, „doch es kommen ausschließlich Absagen“. Obwohl er ausgebildeter Elektroniker ist, hat er es inzwischen sogar mit Bewerbungen als Verkäufer im Einzelhandel versucht. Auch dort keine Chance auf einen Job.



Quelle: BMASK, Berechnungen AK Oberösterreich

David ist einer von Tausenden jungen Menschen, die aktuell von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Christian Hofmann, Bundesjugendsekretär der GPA-djp, der Gewerkschaft der Privatangestellten, hört laufend von ähnlichen Fällen: „Erst kürzlich habe ich mit einer jungen Verkäuferin gesprochen. Die Firma hatte sie mit der Begründung rausgeworfen, dass es zu mühsam sei, Kurzarbeit zu beantragen.“ Vielleicht würde sie im Herbst wieder eingestellt, habe ihr die Firma mitgeteilt. Schriftlich wollte ihr das aber niemand geben.

Der Gewerkschafter fasst die Probleme von vielen verschiedenen Betroffenen zusammen: „Junge Menschen finden keine Lehrstelle, Lehrlinge werden nicht über-

nommen, und junge Arbeitende werden oft als Erste gekündigt.“ Aber auch die Ausbildung ist in Gefahr: „In vielen Fällen können Pflichtpraktika für die Schule nicht absolviert werden. Wie die Schulen das dann handhaben, ist noch völlig unklar.“ Vom Ministerium gebe es nur „Goodwill-Schreiben“. Dazu kommen zahlreiche junge Studierende, die ihre Ausbildung nur mit Nebenjobs finanzieren können – und jetzt ebenfalls vor existenziellen Fragen stehen. Hofmanns Befund: „Allgemeine Frustration und große Verunsicherung.“

„Wir sehen aktuell historische Höchstwerte bei der Jugendarbeitslosigkeit“, warnt auch Dennis Tamesberger, Referent für Arbeitsmarktpolitik in der Arbeiterkammer

Anstieg der Arbeitslosigkeit von einem Prozent bei Personen im Haupterwerbsalter einen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit von 1,8 Prozent bedeutet.

Die Gesamtarbeitslosigkeit in Österreich betrug im Juni 2020 laut AMS 10,1 Prozent. Das ist ein Anstieg um 3,6 Prozentpunkte gegenüber Juni 2019 – ein dramatischer Zuwachs von mehr als einem Drittel. Die offiziellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit sind allerdings immer eine Unterschätzung. Sehr viele Menschen melden sich gar nicht beim Arbeitsamt, etwa weil sie keinen Anspruch auf Leistungen haben. Dieses Problem gilt besonders bei Jugendlichen, damit sind seriöse Zahlen hier besonders schwierig zu ermitteln.

„Wir sehen aktuell historische Höchstwerte bei der Jugendarbeitslosigkeit.“

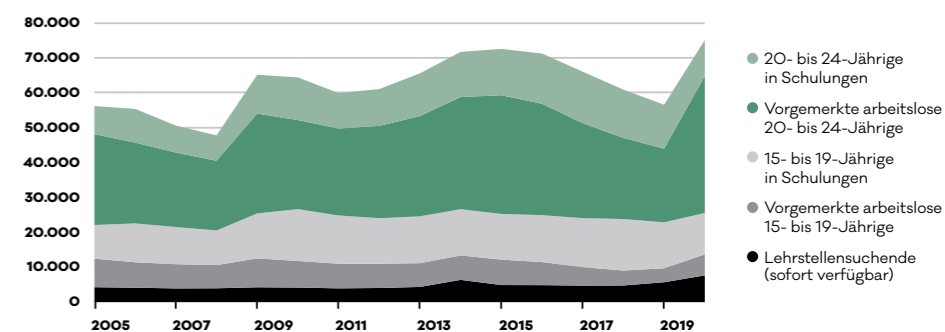
Dennis Tamesberger, AK Oberösterreich

Oberösterreich. Mindestens 75.000 junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren waren bereits im Juni 2020 offiziell von Arbeitslosigkeit betroffen. „Wir sehen bei jungen Menschen zwischen 20 und 24 Jahren ein enorm hohes Risiko von Arbeitslosigkeit. Ähnliche Zahlen gibt es sonst nur für die Gruppe von 60 bis 64 Jahren, also kurz vor der Pension“, so Tamesberger. Auf Basis von OECD-Daten zeige sich, dass ein

Das zeigt sich auch bei den internationalen Berechnungsmethoden. Hier wird abgefragt, ob jemand aktiv Arbeit sucht. Logischerweise haben das während des Corona-Lockdowns viele arbeitslose Menschen verneint. „Damit fallen sie aber auch aus der Arbeitslosenstatistik. Das macht diese Zahlen so enorm schwierig“, erklärt Tamesberger.

Das AMS kennt drei Kategorien von Jugendarbeitslosigkeit: „registriert arbeitslos“,

Jugendliche ohne Beschäftigung
15- bis 24-Jährige



DREI FRAGEN ZUM THEMA

„in Schulung“ und „lehrstellensuchend“. Doch in den AMS-Berechnungen zur Jugendarbeitslosigkeit fehlen sowohl Schulungsteilnehmer*innen als auch Lehrstellensuchende, sagt Tamesberger. Dazu kommen noch jene jungen Menschen, die überhaupt nicht beim AMS registriert sind, die sogenannten NEET-Jugendlichen (Not in Employment, Education, Training: weder in Beschäftigung oder Ausbildung noch in Schulung).

„Das Problemausmaß wird dadurch deutlich unterschätzt“, warnt der Arbeitsmarktexperte. Nach seinen Berechnungen kommen zu den 75.196 jungen Menschen, die im Juni 2020 als arbeitslos erfasst waren, noch einmal gut 32.000 NEET-Jugendliche dazu – das wären dann mehr als 100.000 junge Menschen ohne Job.

Und es könnte noch weit schlimmer werden: Tamesberger erklärt, dass auf Basis der Erfahrungen aus der Krise 2008 davon ausgegangen wird, dass ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um ein Prozent im EU-Durchschnitt zu einer Reduktion der Jugendbeschäftigung um 1,77 Prozent führt.

Narben und Perspektivenlosigkeit

Für die betroffenen jungen Menschen hat das langfristige gesundheitliche und soziale Folgen. „Die Narben bleiben das ganze Leben“, sagt Tamesberger. Arbeitslosigkeit in der Jugend würde über den Lebensverlauf zu einer geringeren Lebens- und Arbeitszufriedenheit, zu einem schlechteren Gesundheitszustand, geringeren Einkommenschancen und zu einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko führen. So wurden etwa langfristige Einkommensverluste nach Phasen der Arbeitslosigkeit in der Jugend nachgewiesen. Was die psychische und physische Gesundheit betrifft, könne von einem „Teufelskreis“ ausgegangen werden. Junge Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben ein höheres Risiko von Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig beeinflusst längere Arbeitslosigkeit aber auch den Gesundheitszustand negativ, was wieder die Arbeitsmarktchancen verschlechtert.

Die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) will nun mit der neuen Kampagne „Jugend ohne Job“ Bewusstsein für das Thema Jugendarbeitslosigkeit schaffen. Susanne Hofer, Bundesvorsitzende der ÖGJ, zeigt sich sehr besorgt über die aktuelle Situation: „Tausende Jugendliche kämpfen derzeit mit existenziellen Sorgen und einer enormen Perspektivlosigkeit.“ Sie sieht die Gefahr, dass viele Jugendliche abrutschen könnten: „Wir wissen aus Studien, dass Arbeitslosigkeit gerade in der Jugend schnell zu psychischen Erkrankungen wie Depressionen führen kann. Studien aus Griechenland zeigen sogar, dass bei hoher Jugendarbeitslosigkeit die Selbstmordrate drastisch steigt.“

Frustriert ist auch Elektroniker David Janecek: „Es ist unglaublich schwierig, wenn du die ganze Zeit nur Absagen bekommst. Du bekommst das Gefühl, dass du nicht gebraucht wirst.“ Es ist höchste Zeit zu handeln. ▀

an **Dennis Tamesberger**
Referent für Arbeitsmarktpolitik in der
Arbeiterkammer Oberösterreich

Warum trifft die Corona-Krise junge Menschen besonders hart?

Betriebe haben in junge Arbeitnehmer*innen oft weniger investiert. Sie sind oft die Ersten, die gehen müssen. Dann sind junge Menschen oft in prekären Verhältnissen angestellt. Und schließlich gibt es für Schulabgänger*innen gerade viel weniger offene Stellen.

Die Jugendphase ist besonders sensibel. Da nagt es sehr, wenn die Gesellschaft Menschen das Gefühl gibt, dass sie nicht gebraucht werden. Wir wissen, dass Arbeitslosigkeit in der Jugend massive negative Folgen hat.

Wie viele junge Menschen könnten schlimmstenfalls betroffen sein?

Sogar auf Basis eines mittleren Szenarios, also der Berechnungen der Europäischen Kommission, würde die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in den EU-27 innerhalb eines Jahres von 2,8 auf 4,8 Millionen ansteigen. Das würde bedeuten, dass eine*r von vier jungen Menschen in der EU keinen Arbeitsplatz findet. Für Österreich heißt das: Die Jugendarbeitslosigkeit für Menschen unter 25 Jahren wird sich verdoppeln.

Was bedeutet das für die Betroffenen?

Zu erwarten sind negative Folgen für die psychische und physische Gesundheit, für die Lebens- und Arbeitszufriedenheit sowie für das Einkommen. Menschen, die im Alter von 22 Jahren sechs Monate lang arbeitslos gewesen sind, hatten im Alter zwischen 30 und 31 Jahren immer noch einen zwei bis drei Prozent niedrigeren Stundenlohn als junge Menschen ohne Arbeitslosigkeitserfahrung. Ein negativer Einfluss von Arbeitslosigkeit im Jugendalter auf die Gesundheit kann sogar noch im Alter von 50 Jahren nachgewiesen werden.

Was können wir aus der Krise lernen?



MICHAEL MÖSENER BETRIEBSRAT *DER STANDARD*

Die berufliche Lektion: Jede offizielle Verlautbarung ist dreimal zu hinterfragen. Die betriebsrätliche Lektion: Homeoffice ist sehr populär, in den kommenden Monaten werden wir einen verbindlichen Rahmen dafür ausverhandeln müssen. Und die Gehaltseinbußen durch Kurzarbeit sind zwar schmerzhaft, haben aber Arbeitsplätze gerettet.



SONJA MÜLLER ZENTRALBETRIEBSRÄTIN *FONDS SOZIALES WIEN*

Die Krise hat Frauen in besonderem Ausmaß betroffen. Vor allem in einem Bereich: Frauen sind in einem wesentlich höheren Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen. Daher meine Botschaft an die Sozialpartner: Nicht klatschen, sondern Ärmel hochkrempeln und konkrete politische Maßnahmen setzen, um diese Entwicklung umzukehren!



MATTHIAS STEINKOGLER BETRIEBSRATSVORSITZENDER *MICRO FOCUS AUSTRIA GMBH*

Die wichtigste Lektion für unseren Betrieb ist, dass wir unsere Aufgaben auch im Homeoffice hoch motiviert erfüllen können. Für alle in Österreich lebenden Menschen wünsche ich mir, dass der gerade wieder bewiesene Wert der Sozialpartnerschaft und unseres solidarischen Systems wieder mehr geschätzt und gefördert wird!



FRÉDÉRIC TOEMBOEL BETRIEBSRAT *MEDIZINISCHE UNIVERSITÄT WIEN*

Durch die Pandemie wurde Nahes weiter zusammengerückt. Bestehende Differenzen wurden durch den Ausnahmezustand zu wahren Gräben: Wo unter normalen Bedingungen Vertrauen fehlt, bist du in der Krise stark limitiert. Es liegt jetzt an uns allen, durch Arbeit an uns selbst die neue Normalität zu einer besseren zu machen.



EVA PARTEIUNABHÄNGIGE BETRIEBSRÄTIN IM BILDUNGSSEKTOR

Wir konnten hautnah erleben, wo die Schwachstellen im System sind und wer die Hauptlasten der Krise zu schultern hatte: Frauen mit Mehrfachbelastungen und Arbeiter*innen im Billiglohnsektor. In einem reichen Land wie Österreich haben wir das Potenzial, eine bessere Arbeitswelt zu gestalten. Ergreifen wir die Chance!

& ONLINE

Eva ist auch unsere Vloggerin!

www.arbeit-wirtschaft.at/krisentagebuch

Wohin des Weges, Kapitalismus?

*Die Natur „erholt“ sich, das Konsumverhalten hat sich verändert, Arbeitnehmer*innen und Frauen hinterfragen ihre Rolle im Produktionsprozess. Vieles von dem, was die Corona-Krise ausgelöst hat, lädt zur Vorstellung einer anderen Gesellschaft ein.*



NICOLE SCHÖNDORFER
FREIE AUTORIN

Nicole Schöndorfer ist 1990 in Oberösterreich geboren und lebt seit neun Jahren in Wien. Sie hat Publizistik, Anglistik und Journalismus studiert und arbeitet als freie Autorin für verschiedene Medien.

Es wäre noch viel zu früh, abschließende Lehren aus den letzten Monaten zu ziehen. Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Krisen – Plural – sind noch nicht vorbei und werden es auch noch länger nicht sein. Viele Krisen haben sich mit der Verbreitung des Virus verschärft, neue haben sich aufgetan oder waren bis dahin bloß weniger sichtbar. Der Prozess der Aufarbeitung steht noch aus, nach wie vor ist die Eindämmung im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion.

Nichtsdestotrotz wurde mit Beginn der Lockdown-Phase viel über das Thema Nachhaltigkeit gesprochen – über ökonomische, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Nicht nur im akademischen Elfenbeinturm, sondern auch dort, wo ihr Fehlen sich schnell als dringliches Problem herausstellte: bei Arbeitnehmer*innen in systemrelevanten Branchen, in der Gesundheitsversorgung, bei alten Menschen, bei (alleinerziehenden) Müttern, pflegenden Frauen und deren Familien, bei gesellschaftlich marginalisierten Gruppen. Dadurch, dass sich die Natur innerhalb kurzer Zeit „erholte“, indem beispielsweise

die CO₂-Belastung sank, Gewässer aufklärten und sogar Wildtiere zurück in Gebiete drangen, aus denen sie zuvor vertrieben worden waren, hat sich gezeigt, welche Potenziale mit einer raschen Regeneration in puncto Klimaschutz möglich sind.

Die Grenzen des Kapitalismus

Insbesondere in sozialen und linken Medien wurde verstärkt darüber diskutiert, wie die Globalisierung die Verbreitung des Corona-Virus beschleunigen konnte, und endlich wieder laut darüber nachgedacht, ob und wann der Kapitalismus an seine Grenzen stößt und welche alternativen Gesellschaftssysteme es gäbe. Die Beiträge und Ideen variieren dabei natürlich in ihrer Radikalität. Zwischen eher oberflächlichen Vorschlägen zur Symptombehandlung, mildtätigen Hilfspaketen und dem Ruf nach der Zerschlagung aller Herrschaftsverhältnisse wurden Diskussionen entfacht, die vielen Menschen zumindest die Möglichkeit eröffneten, sich eine andere Welt, ein nachhaltiges Zusammenleben und Wirtschaften überhaupt erst vorzustellen. Die Vision ei-



Verstärkt wurde darüber diskutiert, wie die Globalisierung die Verbreitung des Corona-Virus beschleunigen konnte, und endlich wieder laut darüber nachgedacht, ob und wann der Kapitalismus an seine Grenzen stößt und welche alternativen Gesellschaftssysteme es gäbe.

ner solchen Gesellschaft ist immer der erste Schritt in Richtung ihrer Umsetzung. Eine Chance? Im Prinzip schon.

Doch das von Regierenden weltweit genutzte PR-Narrativ der „Krise als Chance“ ist nichts als eine wohlklingende neoliberale Masche. Die Chance, die hier allerhöchstens gesehen wird, ist noch mehr Greenwashing der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur. Dass das nicht reichen wird, scheint sich zwar in der Bevölkerung nur langsam durchzusetzen, aber die eine oder andere Erkenntnis aus dem gesellschaftlichen Leben während der Krise könnte ein Momentum schaffen für einige Augenöffner.

Optimismus, keine Romantik

Nun muss man einerseits vorsichtig sein mit optimistischen – nicht romantischen! – Perspektiven, schließlich hat das Virus nicht

*„Die Krise als Chance“
ist nichts als eine
wohlklingende neoliberale
Masche.*

nur Hunderttausende Menschen das Leben gekostet, durch den Verlust des Arbeitsplatzes und des (selbstständigen) Einkommens wurde vielen die oft ohnehin schon prekäre Existenzgrundlage entzogen. Nicht wenige Unternehmen missbrauchten die angebotenen Kurzarbeitsregelungen, um Mitarbeiter*innen in unbezahlte Mehrarbeit zu drängen. Zusätzliche Belastungen durch geschlossene Schulen und Kindergärten sowie

durch die Versorgung älterer Angehöriger haben viele (Frauen) ans Ende ihrer Kräfte getrieben. Wie Carina Maier und Miriam Fahimi am A&W-Blog schreiben, wurde in der Krise wieder deutlich, „auf welchem dünnem Eis die Idee von Gleichberechtigung gebaut ist. Gerade dort, wo Frauen oder auch beide Partner*innen im Home-Office oder aus Gründen der Kurzarbeit zu Hause sind, wird die Arbeitsteilung innerhalb von

wenigen Wochen von der gesellschaftlichen Norm eines männlichen Hauptverdienersmodells eingeholt.“ Das Eingeschlossensein hat – das spiegeln auch erste Studien wider – zu mehr Gewalt in der Familie geführt, die allerdings noch häufiger als sonst unsichtbar blieb, weil bestehende Hilfsnetzwerke durch die Pandemie zumindest zu Beginn des Lockdowns nur eingeschränkt verfügbar waren.

Dann waren da noch die Arbeitnehmer*innen in den systemrelevanten Branchen, die unter erschwerten Bedingungen wie massiv erhöhtem Infektionsrisiko dafür gesorgt haben, dass unsere Grundversorgung während der Krise gesichert blieb. Regierende haben geklatscht, Boni versprochen und sich dann weiter vorrangig um Milliardenzuschüsse für Konzerne gekümmert. Um ihre Klientel eben.

Gemeinschaft ist Widerstand

Jeder revolutionären Strömung in der Geschichte gingen krisenhafte Zustände voraus, die die darunter leidenden Menschen zu Solidarität und Widerstand bewegten. Welche Erkenntnisse und Strategien können nun aus der Corona-Krise mitgenommen werden? Wie lassen sich diese in Mobilisierung und Organisation katalysieren? Was kann die Krise die Gesellschaft über den Wert von Arbeit, Gemeinschaft und Natur lehren? Vieles tatsächlich.

Das beginnt beim bewussten Konsum im Supermarkt. Laut einer Umfrage von Research Affairs und AMA Marketing von April dieses Jahres kauften 58 Prozent der



Befragten seltener Lebensmittel ein und planten mehr voraus, und 24 Prozent achteten verstärkt auf die Regionalität der Produkte. Es formierten sich Gruppen größtenteils junger Menschen in Nachbarschaften, die via Flugblätter und Social Media anboten, Erledigungen für ältere und gefährdete Menschen zu machen, es wurden Lebensmittel selbst zubereitet und Güter wie Windeln gesammelt und verteilt. Es wurde auf die Community und das Umfeld geschaut. Und zwar entgegen den von Regierenden provozierten Individualisierungstendenzen. Wenn alle Bürger*innen ihren Beitrag leisteten, dann ginge die Pandemie schneller vorüber, so der Tenor von oben. Logischerweise ist das so, doch dadurch, dass es gar nicht zur Debatte stand, dass diejenigen, die die Bevölkerung nun so heroisch aus der Krise führen wollten, selbst für diese verantwortlich waren, wurde diese Verantwortung auf die Individuen abgewälzt. Sich dieser Individualisierung – die auch vor der Corona-Krise schon ihren

Lauf genommen hat, weil sie ein Produkt der kapitalistischen Gesellschaft ist – durch Gemeinschaft und Solidarität zu widersetzen, ist eine Form von Widerstand, die es wert wäre nachhaltig zu erhalten.

Sich zusammenzutun, soziale, also politische Kämpfe gemeinsam zu bestreiten und somit weniger auf das Angebot eines entsolidarisierenden Systems angewiesen zu sein schafft ein ungeheures politisches Organisierungspotenzial, vor dem das Kapital immer schon gezittert hat. Das ist die eine große Lektion.

Demokratisieren und nachhaltig gestalten

Die andere: dass uns die Menschen in den systemrelevanten Branchen (deutlicher als sonst) gezeigt haben, dass Arbeit nicht auf ein bloßes von Marktkräften geregeltes Gut reduziert werden kann und deshalb neu organisiert werden muss. Mit konservativen, arbeiter*innenfeindlichen Regierungen ist

„Eine einfache Rückkehr zum Vorkrisenniveau ist nicht erstrebenswert.“

Nina Tröger, AK Wien

diese Vision geradezu utopisch, aber dennoch lohnt es sich, sie zu verfolgen. Es muss eine Diskussion darüber geben, welche essenziellen Bedürfnisse eine Gesellschaft hat, was also gesellschaftlich sinnvolle Arbeit ist, die nicht nur des Profits wegen existiert. Arbeitnehmer*innen müssen das Unternehmen, in das sie ihre Arbeitskraft und einen großen Teil ihres Lebens investieren, mitgestalten können. Arbeit muss auf mehr Menschen aufgeteilt werden, damit sie für den Einzelnen bzw. die Einzelne weniger

wird, die Arbeitsteilung muss sich wieder entglobalisieren und so weiter. Bis auf den globalen Aspekt fasst ein von 3.000 Wissenschaftler*innen, darunter bekannte Namen wie Chantal Mouffe und Thomas Piketty, unterzeichnetes und in ausgewählten internationalen Medien veröffentlichtes Manifest mit dem klaren Titel „Arbeit – demokratisieren, dekommodifizieren, nachhaltig gestalten“ linke Perspektiven für ein Wirtschaften nach der Krise zusammen. Das Papier beruht darauf, zu erkennen, dass

Das System muss sich ändern, denn Kapitalismus ist alles andere als nachhaltig und kann es auch niemals sein.

Arbeit nicht als bloßes von Marktkräften geregeltes Gut verstanden werden darf und Arbeitnehmer*innen die Produktionsmittel eben nicht mehr einfach vorenthalten werden dürfen.

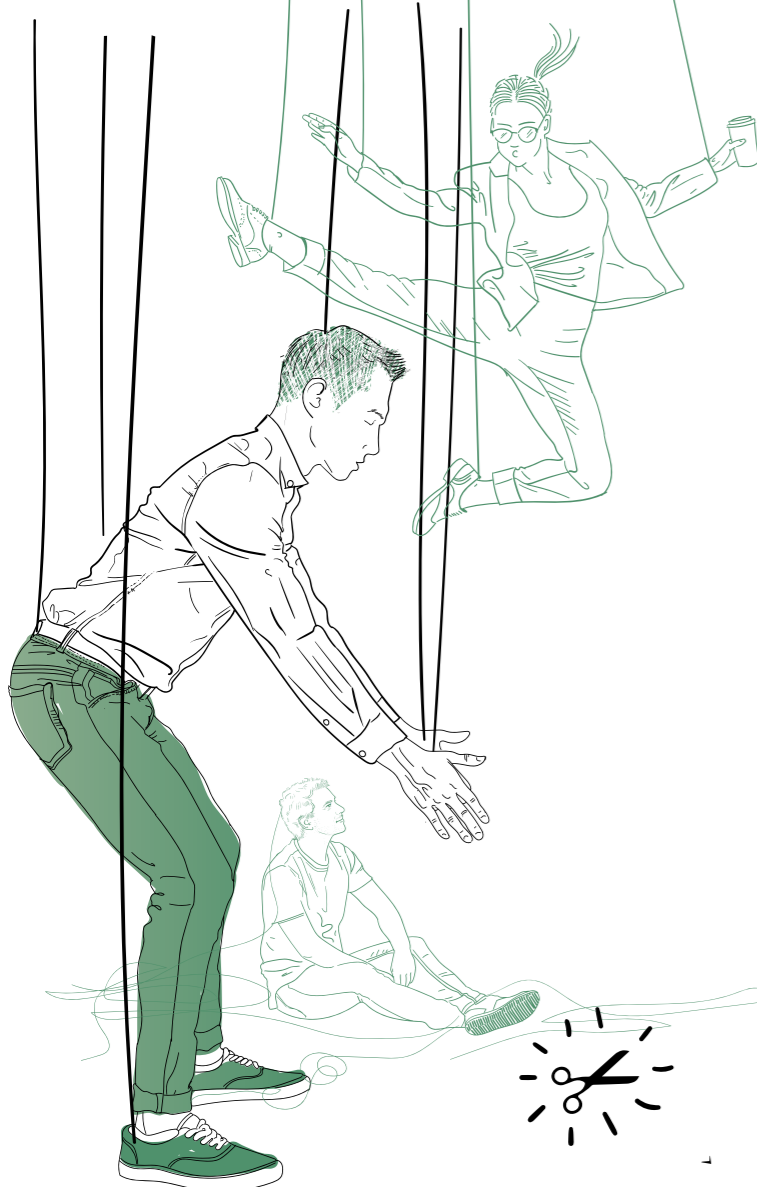
In Österreich wird vonseiten der SPÖ gerade wieder eine Arbeitszeitverkürzung diskutiert: 35 Stunden, aufgeteilt auf vier Tage bei 95-prozentigem Lohnausgleich. Arbeitgeber*innen, die sich darauf einlassen, sollen eine staatliche Förderung bekommen. Ein sehr vorsichtiger Vorstoß, der nicht das Ende der Debatte sein darf. Ein Blick in das oben zitierte Manifest könnte als notwendige Inspiration dienen.

Das gesamte System muss sich ändern

Wie Nina Tröger, Konsumforscherin und Referentin in der Abteilung Konsument*innenpolitik der AK Wien, im A&W-Blog über veränderte Konsummuster während des Lockdowns und nachhaltige Potenziale für die Zeit nach der Corona-Krise schreibt, bedarf es eines Umbaus unserer gesamten Lebens- und Wirtschaftsweise, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. „Eine einfache Rückkehr zum Vorkrisenniveau [sei] nicht erstrebenswert“, meint sie. So ist es. Das System muss sich ändern, denn Kapitalismus ist alles andere als nachhaltig und kann es auch niemals sein. ▶

Kürzung, ja bitte!

Viele übersehen, dass wir längst mittendrin in der Arbeitszeitverkürzung sind. Die Frage ist: Wer bezahlt dafür? – Derzeit die Beschäftigten und der Staat. So darf es nicht bleiben. Und auch die extreme Ungleichverteilung der Arbeitszeit zwischen Männern und Frauen muss sich dringend ändern – ganz besonders jetzt, wo Corona alles verschlimmert. Packen wir es an!



TEXT VERONIKA BOHRN MENA

Über eine Arbeitszeitverkürzung wollen sie nicht einmal diskutieren, heißt es aktuell vonseiten der Wirtschaftskammer, der Arbeitsministerin, der Wirtschaftsministerin und auch von allen anderen, die in der ÖVP etwas zu sagen haben. Eine Arbeitszeitverkürzung, das gehe gar nicht, meinen sie, diese würde der Wirtschaft schließlich massiven Schaden zufügen. Dabei hat die Verkürzung unserer Arbeitszeit vor über einem Jahrzehnt begonnen – wir sind also schon mittendrin! Denn egal ob es sich um die – auch von der Regierung gelobte – Kurzarbeit, Teilzeitarbeit oder die hohe Arbeitslosigkeit handelt, all das ist nichts anderes als eine Arbeitszeitverkürzung. Die Frage ist also in Wirklichkeit nicht, ob wir kürzer arbeiten sollen oder nicht, denn das tun wir ja ohnehin schon, die Frage ist vielmehr, wer dafür bezahlt. Bis jetzt sind das ausschließlich wir, die Beschäftigten, und das muss sich ändern.

Noch vor der letzten drastischen Verkürzung unserer Arbeitszeit, vor der Corona-Krise, lag unsere durchschnittliche wöchentliche Normalarbeitszeit bei 36,6 Stunden pro Woche. Im Jahr 2004 waren es hingegen noch 39,7 Stunden. Die Teilzeitquote hat sich im gleichen Zeitraum von rund 21 Prozent auf 28 Prozent erhöht. Der Trend zur Teilzeit hat also schon vor der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 begonnen und hat sich in den letzten zehn Jahren noch weiter verschärft. Das Problem an dieser Entwicklung ist, dass sie zu einer extrem ungleichen Verteilung der Erwerbsarbeitszeit zwischen Männern und Frauen geführt hat. Während auch heute noch der Großteil der Männer Vollzeit arbeitet und so-

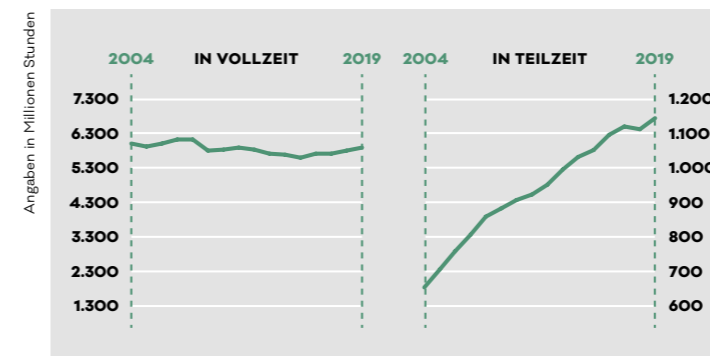
mit auch voll verdient, war 2019 schon fast die Hälfte aller Frauen nur Teilzeit beschäftigt, um ausreichend Zeit für die unbezahlte Familienarbeit zu haben oder weil sie von ihren Arbeitgebern schlicht keine Vollzeitstelle bekommen haben. Wie drastisch die Benachteiligung von Frauen bei der Arbeitszeit ausfällt, wird außerdem deutlich, wenn man einen genaueren Blick auf die vielen unbezahlten Überstunden wirft, die Frauen trotz ihrer Teilzeitarbeitsverträge regelmäßig leisten.

Arbeitszeit ist ungleich verteilt

2019 lag unsere durchschnittliche tatsächlich geleistete Arbeitszeit bei 30,6 Stunden pro Woche, davon waren im Schnitt bei Vollzeiterwerbstätigen wöchentlich 1,3 Stunden und bei Teilzeiterwerbstätigen sogar 7,1 Stunden Überstunden. Geleistet wurde diese Mehrarbeit jedoch nur von rund einem Fünftel aller Beschäftigten, und sie wurde wiederum bei Weitem nicht allen bezahlt oder durch einen entsprechenden Zeitausgleich mit Zuschlägen abgegolten. Nur sechs Überstunden pro Woche wurden 2019 durchschnittlich auch kompensiert – ein guter Deal für die Unternehmen. Die Beschäftigten zahlen dabei aber ordentlich drauf. Betroffen sind von dieser Abzocke vor allem Frauen, bei ihnen liegt der Anteil der unbezahlten Überstunden mit knapp 22 Prozent deutlich höher als bei Männern mit 12 Prozent. Ein paar wenige Vollzeiterwerbstätige arbeiten in Österreich also sehr, sehr lange, während fast die Hälfte aller Frauen schon bisher nur Teilzeit gearbeitet hat. Dann kam Corona und brachte eine neue Welle der Arbeitszeitverkürzung, wie wir sie uns zuvor nicht einmal vorstellen hätten können.

Denn als hätten wir nicht schon zuvor viel zu viele Erwerbsarbeitslose gehabt, stieg die Anzahl der Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verloren, innerhalb kürzester Zeit drastisch an. Auch

Tatsächlich geleistete Arbeitsstunden



Während sich die geleistete Arbeit in Vollzeitbeschäftigung leicht reduzierte, verdoppelten sich seit 2004 die Arbeitsstunden in Teilzeitbeschäftigung.

FÜNF GRÜNDE FÜR KÜRZERE ARBEITSZEITEN

- 1/ Verteilt die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen
- 2/ Führt zu einer gleichmäßigeren Verteilung der Lohnarbeit zwischen Männern und Frauen
- 3/ Hilft auch älteren Arbeitslosen und den Jungen, wieder einen Job zu finden
- 4/ Steigert die Produktivität der Beschäftigten
- 5/ Reduziert das Unfallrisiko und Fehler bei der Arbeit

hier bekamen Frauen die Reduktion des Arbeitsvolumens wesentlich stärker zu spüren: Von den rund 65.000 neuen Arbeitslosen in den Corona-Monaten sind 85 Prozent Frauen. Aber auch an den Männern ging der Stillstand ganzer Branchen nicht spurlos vorbei, denn zu Spitzenzeiten waren immerhin über eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit, und bis heute sind es noch über 450.000.

Die Corona-Krise hat die ohnehin schon gravierende Ungleichverteilung der Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft nun bis ins Extrem gesteigert. Während die einen keine oder nicht mehr genug Arbeit haben, um Vollzeit zu arbeiten, sind die anderen stark überlastet, haben noch mehr Arbeit als zuvor und wissen gar nicht mehr, wie sie die viele Arbeit bewältigen sollen. An einer Umverteilung, einer gleichmäßigeren und somit besseren Verteilung der Arbeitszeit in unserem Land führt dementsprechend kein Weg mehr vorbei – zumindest nicht, wenn man möchte, dass genug Arbeit für alle da ist. Denn dass es in näherer Zukunft ohne deutliche Eingriffe in den Arbeitsmarkt nicht genügend neue Stellen geben wird, ist unbestritten. Dass Arbeit auch satt machen muss, ebenfalls.

Wir müssen also entweder die Löhne so radikal erhöhen, dass auch ein Teilzeiteinkommen zum Leben reicht, oder wir passen die gesetzliche Normalarbeitszeit endlich der Realität an. So sorgen wir gleichzeitig auch dafür, dass uns unser Arbeitsleben nicht krank macht und wir bis zur Pensionierung durchhalten, wir mehr Zeit für unsere Familien und Angehörigen gewinnen und den Sozialstaat entlasten – alles auf einmal. Einzig und allein die Scheuklappen der Nein-Rufer*innen müssten fallen, dann könnten wir alle einmal durchatmen und wieder optimistisch in die Zukunft blicken. ▸

Wer bekommt was?

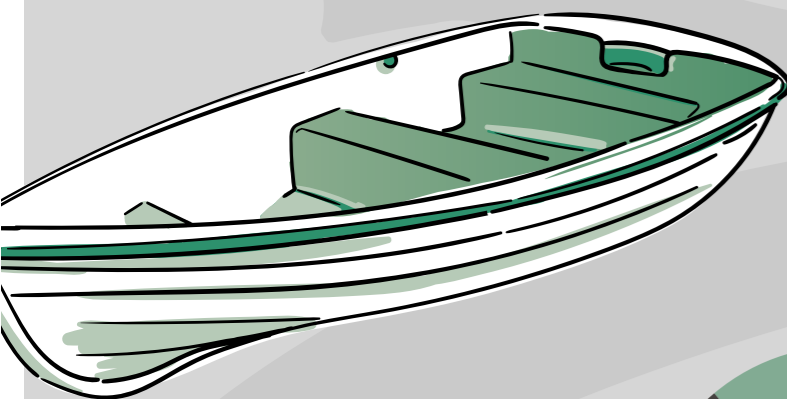
Mit den COVID-19-Gesetzen und -Verordnungen reagierte die Bundesregierung auf die soziale und wirtschaftliche Krise. Wir geben einen Überblick, welche Maßnahmen wann und in welchem Volumen gesetzt wurden.

Kern der Krisenmaßnahmen ist der COVID-19-Krisenbewältigungsfonds, der Mitte März mit vier Milliarden Euro und zwei Wochen später mit 28 Milliarden Euro dotiert wurde. Für die Abwicklung des Fonds ist eine eigens gegründete Gesellschaft verantwortlich, die „COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH“, kurz COFAG. In ihrem Beirat sind auch die Sozialpartner vertreten.

Die Agentur gewährt Direktkredite und Direktzuschüsse, beispielsweise zur Abdeckung von Fixkosten von Unternehmen, und übernimmt Haftungen. Auch der viel kritisierte Härtefallfonds für kleine Unternehmer*innen und Gewerbetreibende fällt in den

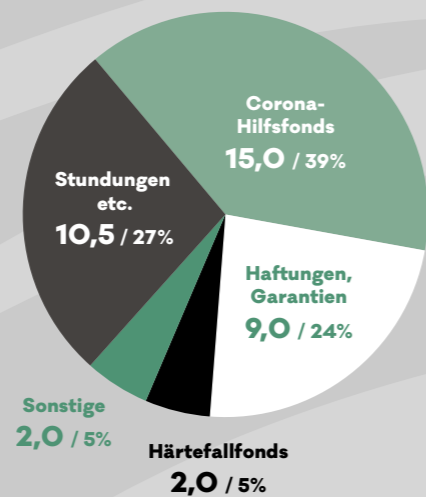
COVID-19-Krisenbewältigungsfonds, wird aber von der Wirtschaftskammer verwaltet. Neben dem Fonds sind noch über zehn Milliarden Euro für Stundungen von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuern vorgesehen, inklusive der Senkung der Mehrwertsteuer für Gastronomie, Beherbergung, Kultur und Publikationen. Für die Kurzarbeit wurden in Summe zwölf Milliarden Euro budgetiert.

Spannend zu betrachten ist die Reihenfolge, in der die Maßnahmen gesetzt wurden. Als Erste und mit großen Summen wurden große Unternehmen unterstützt, etwa mit Fixkostenzuschüssen von bis zu 90 Millionen Euro. Die kleinen Unternehmer*innen kamen später dran, mit maximal 15.000 Euro Zuschüssen, aber oft nur mit 500 Euro. Das Schlusslicht bildeten gemeinnützige Vereine.



Gesamtvolumen der Hilfsmaßnahmen

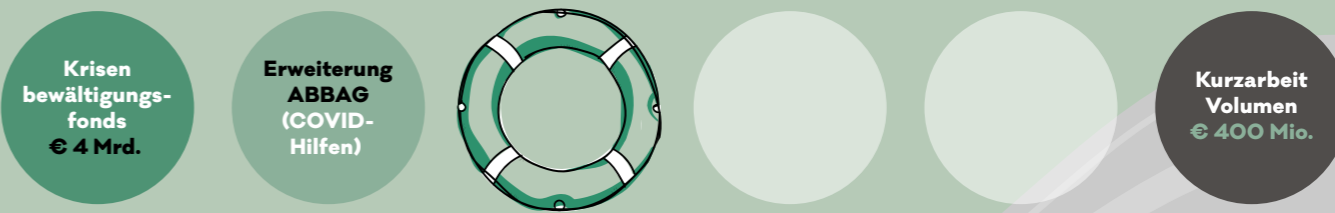
in Milliarden Euro, exkl. Kurzarbeit



Die COVID-19-Gesetze im Überblick

1. COVID-19-Gesetz

15. März 2020



2. COVID-19-Gesetz

21./27. Mai 2020



3. COVID-19-Gesetz

4. April 2020



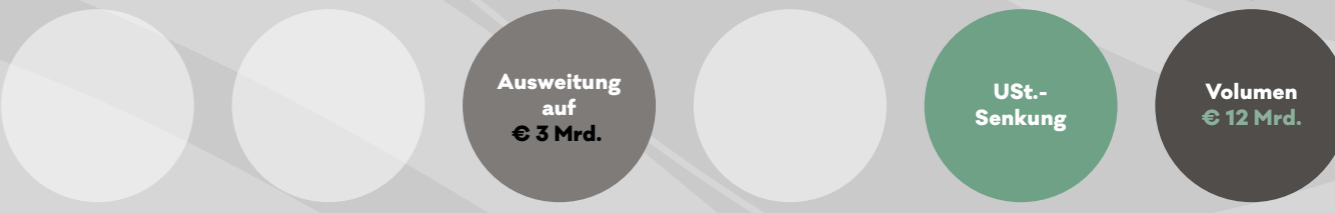
17. COVID-19-Gesetz

28. April 2020



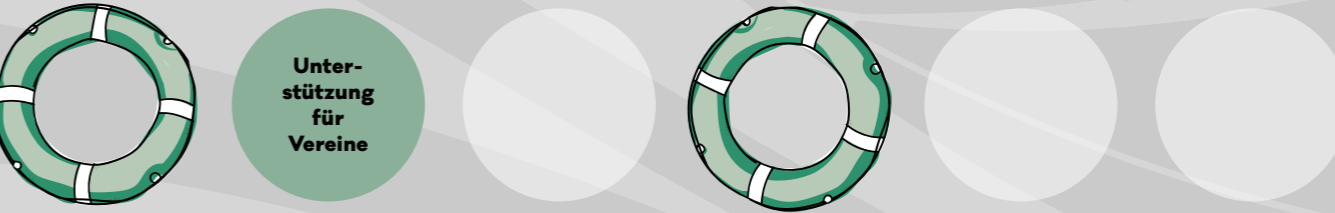
19. COVID-19-Gesetz

26. Mai 2020



20. COVID-19-Gesetz

29. Mai 2020



Wer soll das alles zahlen?

Staaten und Regierungen nehmen Milliarden und Billionen Euro an Staatsschulden auf. Droht der Staatsbankrott? Müssen wir künftig alles runterkürzen, um die Kredite abzutottern? Nein – das sollte unsere kleinste Sorge sein.



ROBERT MISIK

JOURNALIST,
AUSSTELLUNGSMACHER
UND BUCHAUTOR

Jüngste Buchveröffentlichung:

„Die falschen Freunde der einfachen Leute“ (Suhrkamp Verlag, 2020).

Er kuratierte die Ausstellung „Arbeit ist unsichtbar“ am Museum Arbeitswelt in Steyr. Für seine publizistische Tätigkeit wurde er mit dem Staatspreis für Kulturpublizistik ausgezeichnet, 2019 erhielt er den Preis für Wirtschaftspublizistik der John Maynard Keynes Gesellschaft.

Mehr als 400.000 Menschen sind noch immer arbeitslos, das entspricht einer historisch hohen Arbeitslosenquote von über zehn Prozent. 350.000 Beschäftigte sind in Kurzarbeit, das sind mittlerweile um beinahe eine Million weniger als am Höhepunkt des Corona-Shutdowns. Unternehmen haben dramatische Umsatzeinbußen, die Exporte sind um rund 30 Prozent eingebrochen, ganze Branchen stehen vor dem vollständigen Kollaps: Clubs und Musikveranstalter genauso wie der Städtetourismus.

Die Stimmung ist besser als die Lage. Denn die großen Insolvenzwellen sind noch aufgeschoben, aber sie werden kommen. Unternehmen schieben einen wachsenden Schuldenberg vor sich her. Wir tanzen auf verdammten dünnem Eis.

Um die Unternehmen zu retten und die Konjunktur anzukurbeln, haben viele europäische Regierungen Fantastilliarden bereitgestellt – sie machen Schulden wie nie zuvor, um einen Zusammenbruch zu verhindern. „Wir haben alle automatischen Stabilisatoren wirken lassen“, sagt etwa Deutschlands Finanzminister Olaf Scholz, der „Mit Wumms aus der Krise“ als Parole verkündete. Was heißt das?

„Automatische Stabilisatoren“ sind Arbeitslosengeld, Sozialleistungen des Staates

und die Staatsausgaben, die die Regierungen einfach weiter auszahlen, auch wenn ihnen die Steuereinnahmen und die Einnahmen der Sozialversicherung wegbrechen. Automatisch sind die insofern, als es dafür keine Gesetzesbeschlüsse oder Parlamentsabstimmungen braucht. Diese Staatsausgaben steigen einfach an, wenn mehr Leute arbeitslos werden, der Staat rutscht einfach von selbst ins Defizit, aber die Konsumnachfrage fällt nicht sofort in den Keller.

Aber das ist ja nur ein Teil der steigenden Staatsausgaben, die durch keine Einnahmen gedeckt sind. Je nachdem, wie man rechnet, hat die deutsche Regierung zwischen 500 und 600 Milliarden Euro für Rettungsprogramme aufgelegt – und noch einmal 130 Milliarden zur Ankerbelung der Konjunktur. Die österreichische schnürte erst ein Rettungspaket von 38 Milliarden, dann ein Konjunkturpaket von bis zu 19 Milliarden Euro. Unvorstellbare Größenordnungen.

Show mit Zahlen

Und für die Europäische Union wurde auch noch ein Wiederaufbaufonds von rund 700 Milliarden Euro beschlossen, der erstmals über gemeinsame Kreditaufnahme finanziert werden soll. Ganz für bare Münze darf man

die Zahlen nicht immer nehmen: Oft sind es „bis zu“-Formeln, die dann womöglich gar nicht zur Gänze ausgegeben werden, die Steuerausfälle sind genauso drin wie Kreditbürgschaften, die letztlich zum Großteil gar nichts kosten, und gerne verkaufen Regierungen ihre Pläne auch mehrfach. Milliarden, die im „Rettungsprogramm“ verbucht wurden, werden, wenn es sich irgendwie rechtfertigen lässt, ein paar Wochen später dann noch einmal in ein „Konjunkturprogramm“ hineingerechnet. Politik ist immer auch Show mithilfe von Zahlen.

Klar ist nur eines: Das wird alles wirklich, wirklich teuer. Schon nach den vollmundigen Ankündigungen, wie „Koste es, was es wolle“, fragten viele, manche still, manche lauter: „Und wer soll das alles bezahlen?“ Drohen nun die härtesten Kürzungs- und Sparprogramme der Geschichte, gigantische Verteilungskämpfe, ein Kaputtsparen aller Systeme, vom Gesundheitswesen bis zur Kultur? Könnten die Staaten einfach bankrottgehen? Droht Inflation?

Linke Parteien, Gewerkschafter*innen und progressive Ökonom*innen sagen auch gerne: „Die Reichen sollen zahlen“, eine Forderung, die natürlich nicht erst seit der Krise erhoben wird und für die auch viel spricht. Das Steuersystem ist ungerecht, die Vermögensschere ging in den vergangenen Jahrzehnten immer weiter auf, die wirklich Reichen wurden unermesslich reich, während die Mittelschicht und die unteren Einkommenssegmente schon froh sein konnten, wenn sie ihren Standard hielten.

*Klar ist nur eines:
Das wird alles wirklich,
wirklich teuer.*

Aber allen ist auch klar: Selbst wenn längst überfällige Vermögens- oder Erbschaftssteuern eingeführt werden (oder – dort, wo sie existieren – erhöht werden), wird das allenfalls einen kleinen Teil der Krisenkosten finanzieren.

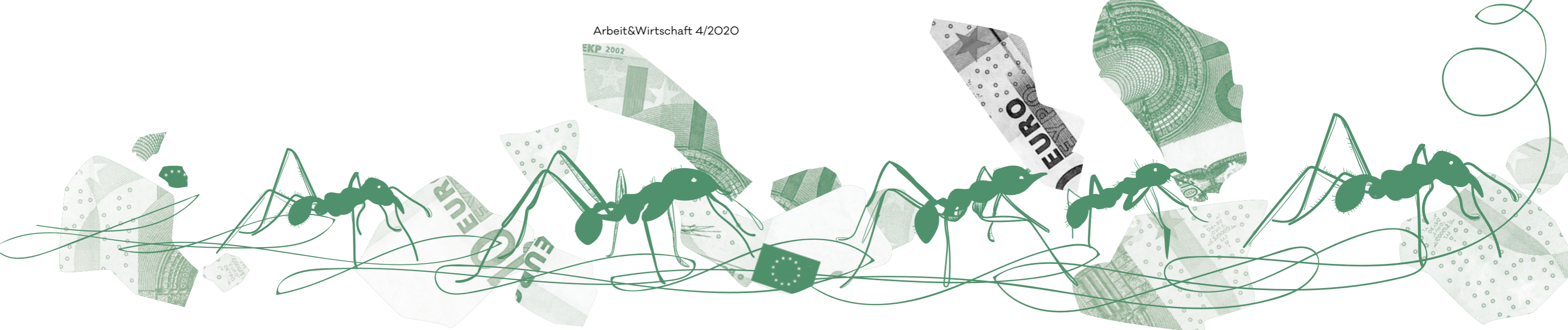
Aber es gibt gute Gründe, diese Fragen viel gelassener zu sehen. Womöglich müssen wir gar nichts bezahlen. Mit Sicherheit ist die Gefahr, dass in den nächsten Monaten Tausende Unternehmen pleite- und Hunderttausende Arbeitsplätze verloren gehen, eine viel größere Bedrohung als die Finanzierung der Krisenkosten in den nächsten Jahren.

Kein normaler Haushalt

Jens Südekum, 43, ist einer der führenden Ökonomen Deutschlands. Er sitzt offiziell im Beraterboard des Wirtschaftsministers, findet im Finanzministerium von Olaf Scholz stets ein offenes Ohr. Der Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Düsseldorf gilt als der „Ökonom der Mächtigen“

(„Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“). Jetzt warnt er davor, über die Rückzahlung der Krisenkosten auch nur nachzudenken. Sparpakete wären in den nächsten Jahren Gift. „Wir können ja nicht zugleich aufs Gas und auf die Bremse steigen.“ Und die Staatsschulden, die die Regierungen jetzt machen, seien sowieso nicht tragisch. „Staaten zahlen ihre Schulden praktisch nie zurück.“ Und das, so Südekum, sollte man jetzt auch so halten. Die allermeisten Bürger*innen haben völlig falsche Vorstellungen von Staatsschulden, wegen „der Analogie zwischen Staaten und normalen Haushalten“ (Südekum) und der daraus folgenden Annahme, dass man Schulden, die man auftürmt, irgendwann auch zu-

© Ingo Pertramer



Die allermeisten Bürger*innen haben völlig falsche Vorstellungen von Staatsschulden.

rückzahlen muss. Aber Staaten funktionieren eben ganz anders als private Haushalte.

Nehmen wir nur die Finanzkrise vor rund zehn Jahren: Die Staaten verschuldeten sich massiv, um Banken zu retten und die Konjunktur anzukurbeln. Die deutsche Staatsverschuldung schnellte auf achtzig Prozent der Wirtschaftsleistung (des BIP) hoch, in Österreich stieg sie von 64 Prozent auf einen Höchstwert von 86 Prozent. Danach sank sie wieder. In Deutschland auf 59 Prozent, hierzulande immerhin auf 77 Prozent. Dabei wurden Schulden kaum getilgt. In Deutschland ein wenig – aber das war auch wirklich ein historischer Sonderfall. Ansonsten werden Staatsschulden einfach stehen gelassen, aber mit der Zeit weniger drückend. Wie genau vollzieht sich aber dieses Mirakel?

Eigentlich ist es ganz einfach: Was Hausbesitzer*innen, die sich einen Kredit aufnehmen, vom Staat unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie irgendwann sterben, der Staat aber ewig existiert. Wenn sich Hausbesitzer*innen einen Kredit mit zwanzigjähriger Laufzeit aufnehmen, müssen sie die

Zinsen zahlen und dann auch die gesamte Darlehenssumme tilgen. Beim Staat ist das anders. Nimmt er einen Kredit von einer Milliarde Euro mit zwanzig Jahren Laufzeit auf, zahlt er zwanzig Jahre die Zinsen, und am Ende tilgt er auch die Milliarde – aber indem er sich einfach wieder eine Milliarde leiht und mit dem neuen Darlehen das alte zurückzahlt. Da in dieser Zeit aber die Wirtschaftsleistung des Staates steigt, sinkt das Gewicht dieser Milliarde.

Zumindest das ist letztlich auch bei jedem normalen Menschen so: Wenn sie 80.000 Euro Schulden, aber ein jährliches Einkommen von 50.000 Euro haben, sind sie relativ hoch verschuldet – steigt ihr Einkommen auf 120.000 Euro, dann sind sie eher nicht sehr hoch verschuldet.

Deutschlands Staatsschulden werden bis zum kommenden Jahr auf einen Wert von 75 bis 80 Prozent der Wirtschaftsleistung steigen, die Österreichs wohl auf 90 Prozent oder mehr. Aber dieser ungewohnt hohe Schuldenstand tut nicht wirklich weh, solange die Zinsen so niedrig bleiben, wie sie heute sind. Österreich hat jüngst

Staatsschulden mit 100 Jahren Laufzeit ausgegeben, für die die Kreditgeber*innen 0,85 Prozent jährliche Zinsen erhalten. Das ist erheblich weniger als die Inflationsrate. Was heißt: Die Anleger*innen schenken uns einfach Geld. Warum tun sie das? Ganz einfach: Die Superreichen, vor allem aber die Banken und institutionelle Anleger wie Fonds, schwimmen im Geld und wissen gar nicht, wohin damit, vor allem wenn sie ihre Finanzvermögen sicher anlegen müssen. Und Staatsschulden sind ziemlich sichere Anlagen.

„Natürlich darf man dieses Spiel nicht sorglos spielen“, sagt Südekum, „denn die Finanzmärkte müssen das Vertrauen in die Staaten behalten, damit die Zinsen so niedrig bleiben.“ Staaten, deren Schuldenstände durch die Decke gehen, müssen dann vielleicht Zinsen von drei oder vier Prozent für ihre Darlehen bezahlen – und dann wird die Sache richtig teuer, die Schulden sind kaum mehr tragfähig. Dann geht auch jedes Jahr so viel Geld von den Staatseinnahmen in den Zinsendienst, dass Spar- und Kürzungsprogramme notwendig werden.

Zwar gibt es auch in diesen Fällen Möglichkeiten, aber dann wird es kompliziert – und komplex. Heute ist es etwa so, dass Banken und Anleger*innen Staatsanleihen zu einem „Marktpreis“ – also einem Zins, der am Markt entschieden wird – kaufen und dann diese Anleihen an die Zentralbank verkaufen können. Aber nur unter bestimmten Bedingungen. Wenn die Zentralbank selbst die Staatsanleihen kaufen könnte, dann würde sie den Zins einfach niedrig halten können und so die Regierungen direkt finanzieren. Das ist aber in vielen Systemen verboten. Denn die direkte Staatsfinanzierung durch die Notenbanken, durch das – metaphorisch formuliert – „Geld drucken“, ist verpönt. Man schiebt lieber Finanzanlegern Zinsgewinne zu – aus Angst vor Inflation.

Ein Gespenst namens Hyperinflation

Damit sind wir bei der nächsten Sorge, die schon seit der Finanzkrise geäußert wurde: dass die Schuldenpolitik und das Fluten der Banken mit Geld eine Hyperinflation auslösen könnte. Manche Kommentator*innen malen dieses Gespenst seit Jahren an die Wand. Manche sagen sie Jahr für Jahr voraus. Dann treten zwar alle möglichen unerwarteten Katastrophen ein – nur Inflation nicht.

Inflation gibt es dann, wenn Löhne steigen, in der Folge dadurch auch Produktionskosten, schließlich Warenpreise und wenn sich dieser Kreislauf immer schneller dreht. Aber Löhne steigen nicht so leicht, wenn es Arbeitslosigkeit gibt. Warenpreise steigen

Wir dürfen die Staatsschulden nicht zurückzahlen.

nur, wenn die Leute mehr Geld im Börsel haben. Deswegen können Unternehmen ihre Preise kaum anheben, wenn nicht die Gehälter der Konsument*innen steigen. Würden jetzt alle Wirt*innen ihre Preise für das Menü um fünf Euro anheben – dann hätten sie alle zusammen einfach weniger Kund*innen. Gerade jetzt, wo sehr viele Menschen letztendlich weniger Geld haben, weil sie arbeitslos sind, in Kurzarbeit waren, lange keine Überstunden machten und viele auch aus Angst vor der Zukunft sogar ihren Konsum einschränken, um sich Geld zur Seite zu legen – in einer solchen Phase ist alles Mögliche realistisch, nur eines nicht: Inflation.

Wir sollten uns also weniger Sorgen um die Fantastilliarden machen, die die Regierungen jetzt als Schulden aufnehmen – sondern mehr Gedanken darüber, was mit dem Geld passiert. Werden damit Unternehmen

stabilisiert, die fragwürdige Geschäftspraktiken anwenden und Zeug produzieren, das uns langfristig schadet – und deren Besitzer*innen sich dann, wenn es wieder besser läuft, die Profite in ihre Steueroasen überweisen? „Wir sozialisieren Risiken, aber wir privatisieren Profite“, sagt Mariana Mazzucato, eine der global führenden Ökonom*innen der Gegenwart. „Das folgt aus der Auffassung, dass nur Unternehmen Werte produzieren, die Regierungen dagegen allenfalls die Rahmenbedingungen schaffen und ‚Marktversagen‘ bekämpfen sollen.“ Regierungen sollen das Geld aber so einsetzen, dass es sozial erwünschte Effekte hat – etwa für den ökologischen Umbau der Produktion oder für die Infrastruktur in grünen Städten.

Es klingt fast miraculös, aber es ist so: Wir dürfen die Staatsschulden nicht zurückzahlen. Eine Austeritätspolitik, die Staatsausgaben einschränkt, Einkommen reduziert und Zukunftsinvestitionen behindert, wäre wirkliches Gift, würde nicht nur in einem wirtschaftlichen Desaster enden, sondern auch in einem sozialen und ökologischen. Und das Absurde wäre: Die Schulden würden nicht einmal weniger drückend. Im Gegenteil: Das hat schon die fatale Austeritätspolitik nach der Finanzkrise gezeigt, die manchen Ländern aufgezwungen wurde, die heute schlechter dastehen denn je. ▀



Auf die Füße stellen, laut werden, solidarisch sein

Corona hat die Missstände rund um die 24-Stunden-Betreuung deutlich sichtbar gemacht. Doch die Berichterstattung der letzten Monate und all die Solidarisierungen der Zivilgesellschaft nützen nichts – Verbesserungen gibt es keine. Dabei liegen längst konkrete Vorschläge auf dem Tisch.

TEXT MAGDALENA MIEDL

Ein Sonntagnachmittag in einem Café im dritten Wiener Gemeindebezirk – natürlich draußen, wegen Corona: Roxana R. hat sich bereit erklärt, ihre kurze Freizeit zu opfern, um von ihrer Arbeit zu erzählen. Sie ist seit 22 Jahren hauptberufliche 24-Stunden-Betreuerin; nein, keine „Pflegerin“, auch wenn ein Teil ihrer Tätigkeit streng genommen Pflegearbeit ist. Seit zwölf Jahren ist R. in Österreich, „seit das hier legal wurde“: anfangs in Vorarlberg, jetzt in Wien. Die Familie, für die R. gerade arbeitet, ist „eine gute Familie, und eine sehr liebe alte Dame, ein bisschen kokett“ – die Wäsche muss immer von Hand gewaschen werden, darauf besteht die Klientin.

„Ich habe fast immer Glück gehabt, aber es kann auch ganz anders kommen“, sagt R. „Viele Betreuerinnen müssen in der Küche oder im Wohnzimmer schlafen. Manche bekommen kein Essen oder zu kleine Portionen, das Essen ist abgelaufen oder schimmelt. Und wenn sie sich beschweren, heißt es: ‚Isst du zu Hause auch so

viel?‘“ R. seufzt. „Wenn du in einem Dorf bist, ist das schlimm, denn wo sollst du Essen kaufen?“ R. kennt viele solcher Erfahrungsberichte. Sie ist eine aus dem Kernteam der Organisation „DREPT pentru îngrijire“, in der sich rumänische 24-Stunden-Betreuer*innen mit Aktivist*innen zusammengeschlossen haben, um einander über Social Media zu beraten, denn eine offizielle Stelle, an die sie sich bei Problemen wenden können, gibt es bislang nicht.

Die Pässe abgenommen

Zwar ist die Vermittlungsagentur zuständig, um Unterbringung und Arbeitsbedingungen zu überprüfen und auch bei bürokratischen Fragen zu unterstützen, oft ist dort aber niemand erreichbar, berichtet R. Also vernetzen sich die Betreuer*innen über Facebook und helfen einander. Es gibt viele dieser Facebook-Gruppen, die größte mit etwa 33.000 Mitgliedern wurde im Dezember 2018 geschlossen, weil sie angeblich gegen die Gemeinschaftsstandards verstoßen hatte. Eine der Gründerinnen der betreffenden Gruppe wird seither von Vermittlungsagenturen in Rumänien mit Klagen überhäuft.

Einschüchterungsversuche sind in der Branche nicht selten. „Das kennen wir alle“, sagt auch Flavia Matei, die die Betreuer*innen mit politischem Know-how unterstützt. Besonders drastisch war die Lage im April, als über 200 rumänische Betreuer*innen

Probleme mit den Arbeitsbedingungen in der 24-Stunden-Pflege bedeuten: Die Vermittlungsagentur ist zuständig, aber dort ist oft niemand erreichbar.

per Charterflug nach Österreich geholt und ihnen die Pässe für die Dauer der Quarantäne abgenommen wurden. DREPT hatte den Fall publik gemacht. Der Druck der Öffentlichkeit half, die Frauen bekamen ihre Pässe zurück. Aus diesem Grund sind Organisationen wie DREPT und die parallel entstandene „Iniciativa 24“, in der sich slowakische 24-Stunden-Betreuer*innen zusammenschlossen haben, so unschätzbar wichtig. Derzeit formieren sich die Frauen neu in dem gemeinsamen Verein IG-24, „von informellen, in der Freizeit selbst organisierten Aktivitäten hin zu einer seriösen und anerkannten Struktur“, sagt Matei.

So, nämlich informell und selbst organisiert, schaut die ganze Branche aus, so Matei: „Es geht nur über Online-Medien.“ Lediglich in Oberösterreich hat die Volkshilfe mit „CuraFair“ eine zentrale Anlaufstelle für 24-Stunden-Betreuerinnen eingerichtet, wo die Frauen – hauptsächlich ist es ein Frauenberuf, Männer sind hier ausnahmsweise mitgemeint – muttersprachliche Beratung bekommen. Es ist ein vorbildliches Projekt, doch noch ist die Stelle einzigartig in Österreich.

Selbstständigkeit in Abhängigkeit

Wer sich organisiert, ist nicht so leicht einzuschüchtern. Dennoch möchte R. lieber anonym bleiben, auch wenn sie derzeit privat bei einer Familie arbeitet. Wer sich von einer Agentur vermitteln lässt, begibt sich in vielen Fällen in eine Abhängigkeit, die nur schwer wieder zu lösen ist. „Wenn ich einen Privatplatz finden kann, ist es besser, da fallen auch weniger Kosten an, für mich und für die Familie“, sagt sie. R. ist über Social Media gut vernetzt, wenn sie oder ihre Kollegin, mit der sie sich abwechselt, ausfällt, findet sie rasch Ersatz.

Das bieten zwar auch Vermittlungsagenturen, was Familien eine gewisse Sicherheit suggeriert. Doch ist einmal ein Vertrag unterschrieben, ist daran für die Betreuerin nur schwer etwas zu ändern – auch wenn sich etwa die Gesundheit einer Klientin drastisch verschlechtert und die Arbeit für die Betreuerin wesentlich härter wird. „Beim letzten Mal, als ich mit einer Agentur gearbeitet habe, ist die Dame immer kränker geworden und hat mich fünf-, sechsmal pro Nacht geweckt, weil sie solche Schmerzen hatte. Da ist man nach zwei Tagen völlig fertig!“ Weil der Patientin aber keine höhere Pflegestufe gewährt wurde, verweigerte die Agentur einen höheren Lohn – und direkt mit der betreffenden Familie zu verhandeln war vertraglich nicht möglich. „Auf dem Papier bin ich zwar selbstständig, aber wenn ich mit einer Agentur arbeite, bin ich total abhängig.“



„Die Zivilgesellschaft hat sich sehr solidarisch gezeigt, aber trotzdem hat sich politisch und strukturell sehr wenig getan.“

Flavia Matei, 24-Stunden-Betreuerin

Der Wildwuchs der Agenturen ist für die Betreuer*innen ebenso ein Problem wie für die Familien, die sie brauchen. Fast 800 Firmen gibt es in Österreich, die 24-Stunden-Betreuer*innen vermitteln, zu Preisen ab 40 Euro pro Tag – weniger als zwei Euro die Stunde. Ein Tarif, mit dem die Betreuerin einigermaßen annehmbar bezahlt ist, liegt etwa beim Doppelten, doch die Angebote sind schwer zu vergleichen, nicht nur aufgrund unterschiedlicher Pflegestufen und Bedürfnisse der Klient*innen: Oft ist nicht transparent, was von dem Geld, das die Familien bezahlen, auch bei den Betreuer*innen ankommt und wie viel Provision die Agentur von beiden Seiten fordert. Einheitliche Regelungen existieren nicht.

Zu all diesen Missständen kommt nun auch noch die Unvorhersehbarkeit durch die Pandemie, was Grenzöffnungen und Quarantänebestimmungen betrifft. In den letzten Monaten ist es zur gesellschaftspolitischen Binsenweisheit geworden, dass die Pandemie auf soziale Ungerechtigkeiten wie ein Brennglas wirkt – was die Dramatik, aber auch die Sichtbarkeit betrifft. All die Öffentlichkeit nützt bislang allerdings nichts: „Wir haben viel mediale Aufmerksamkeit bekommen, die Zivilgesellschaft hat sich sehr solidarisch

gezeigt, aber trotzdem hat sich politisch und strukturell sehr wenig getan“, resümiert Matei. „Wenn man die Lösungen vonseiten des Staates anschaut, wie beispielsweise die Boni für die Turnusverlängerung, das Prozedere beim Härtefallfonds, oder sich anschaut, wie unklar die Quarantäne reglementiert war beim Zugkorridor – in all diesen Situationen waren die Betreuer*innen benachteiligt und wurden wieder allein gelassen.“

Die Wienerin Maria Lodjn ist Teil dieser solidarischen Zivilgesellschaft. Sie lebt seit sechseinhalb Jahren mit ihrer gebrechlichen Mutter Brigitte in einer Wohnung in Wien. Zwei 24-Stunden-Betreuerinnen wechseln sich ab, für das körperliche Wohlbefinden der alten Dame zu sorgen. Lodjn ist unbedingt aufseiten der Betreuer*innen: „Jahrelang ist auf Kosten von hauptsächlich Frauen aus dem ehemaligen Ostblock extrem gespart worden. Es hat keinen interessiert, wie es denen geht. Und beim Lockdown wird auf einmal ein Flugzeug gechartert, dann gab's die Züge, PCR-Tests und eine Nacht im Hotel – aber die durften nicht einmal in den Hof gehen zum Rauchen“, sagt Lodjn. „Und nach der Pandemie ist alles wieder vergessen, und wir nehmen einfach hin, dass Zehntausende Frauen ihre Familien allein lassen und ihr Leben zur Hälfte hierher verlegen, für minimalen Lohn?“

Wie viele ihrer Kolleg*innen war R. drei Monate daheim in Timișoara völlig ohne Einkommen, weil die Grenzen geschlossen waren. Um bei der WKO Unterstützung durch den Härtefallfonds zu beantragen, sind ein österreichisches Konto, eine österreichische Steuernummer und vor allem sehr gute Deutschkenntnisse nötig, denn die Informationen sind ausschließlich auf Deutsch. Für jene Betreuer*innen, deren Turnus sich durch Corona um vier oder mehr Wochen verlängert hat, gibt es einen sogenannten „Bleib-da-Bonus“ von 500 Euro, doch die Unterlagen zur Beantragung gibt es nur auf Deutsch.



24-Stunden-Betreuer Marinel Dăgădiță hat mit seiner Arbeitgeber-Familie eine direkte Anstellung vereinbart – eine seltene Ausnahme.

„Die Corona-Krise lädt zur Vorstellung einer anderen Gesellschaft ein. Jahrelang ist auf Kosten von hauptsächlich Frauen aus dem ehemaligen Ostblock extrem gespart worden. Es hat keinen interessiert, wie es denen geht.“

Maria Lodjn, Aktivistin

Fast wirkt es, als hätte bei den betreffenden Stellen niemand Interesse daran, dass die Frauen zu dem Geld kommen, das ihnen zusteht. Dabei sind sie alle WKO-Mitglieder, eine Übersetzung dürfte kein unbewältigbarer Aufwand sein. Fast alle Menschen in der Branche kommen aus Osteuropa. Eine laute Lobby haben sie nicht, wohl auch, weil sie ein „Dazwischen-Dasein“ führen, nicht nur zwischen den Beschäftigungsformen – de jure selbstständig, de facto in größerer Abhängigkeit als viele Angestellte –, sondern auch zwischen den Ländern: eine Hälfte des Lebens an einem österreichischen Arbeitsplatz in intimer Nähe zu gebrechlichen, oft aufgrund ihrer Krankheiten fast wortlosen Menschen, die andere Hälfte daheim bei der eigenen Familie.

Forderungen liegen auf dem Tisch

Legalisiert wurde die jahrzehntelange Praxis der 24-Stunden-Betreuung erst 2007, nachdem aufgefliegen war, dass die Schwiegermutter des damaligen ÖVP-Bundeskanzlers Wolfgang Schüssel von einer illegal beschäftigten Frau gepflegt worden war. Doch was damals festgelegt wurde, ist eine Konstruktion voller Baustellen. „Es ist seither immer schlechter geworden“, sagt Roxana R. Die Vermittlungsagenturen, die vor allem in Rumänien, der Slowakei und Bulgarien nach Betreuer*innen suchen, verlangen nicht nur hohe Provisionen, sondern legen den Frauen die auf Deutsch verfassten Verträge meistens erst nach ihrer Ankunft in Österreich vor und schreiben oft eine Klausel mit einer Inkassovollmacht hinein.

Die neu gegründete IG-24 legt nun konkrete Lösungsvorschläge auf den Tisch. Drei Forderungen sind es, die die Betreuer*innen haben: Langfristig eine Anstellung „über eine staatliche Sozialgesellschaft, die quasi die Rolle der Vermittlungsfirmen übernimmt“, sagt Flavia Matei, „denn jetzt haben wir eine Scheinselbstständigkeit, in der die Betreuer*innen ausgebeutet werden“. Die zweite Forderung ist die Einrichtung muttersprachlicher Beratungsstellen in allen Bundesländern, nach dem Vorbild von „CuraFair“ in Oberösterreich, sagt der rumänische 24-Stunden-Betreuer Marinel Dăgădiță, der etwas außerhalb von Wien einen alten Herrn umorgt und mit seiner Arbeitgeber-Familie eine direkte Anstellung



Die Wienerin Maria Lodjn lebt seit sechseinhalb Jahren mit ihrer gebrechlichen Mutter Brigitte in einer Wohnung in Wien. Zwei 24-Stunden-Betreuerinnen wechseln sich ab.

leistbar, denn dann habe ich die ganzen Lohnnebenkosten nicht. Aber man kann trotzdem Regeln festlegen: dass Betreuer*innen ein eigenes Zimmer haben müssen, mit WLAN-Anschluss, dass sie Freizeit haben müssen.“ Ohnehin sei die 24-Stunden-Betreuung ein Modell, das sich nur die Bessergestellten leisten können, sagt sie und liefert dazu die Relationen: „Von 460.000 Menschen, die Pflegegeld beziehen, leisten sich 30.000 Menschen die 24-Stunden-Betreuung. 90.000 liegen in einem Pflegeheim, 153.000 Menschen beziehen im Schnitt eine Stunde pro Woche mobile Betreuung und Pflege, und der Rest wird von pflegenden Angehörigen betreut.“

Zugleich gibt es vieles, was sich schwer in Richtlinien und Gesetze gießen lässt und in der 24-Stunden-Betreuung wichtiger ist als in vielen anderen Berufen – gerade weil die Betreuer*innen so intim mit ihren Klient*innen arbeiten: gegenseitiger Respekt vor den Grenzen des Gegenübers etwa. Je größer jedoch die wirtschaftliche Abhängigkeit ist, desto schwieriger ist ein Umgang miteinander auf Augenhöhe, weiß Roxana R.:

„Einmal hat die Agentur zur Ablöse eine ganz junge Frau geschickt, die völlig überfordert war. Ich hatte ihr am Telefon vorher erklärt, was ihre Aufgaben sind, und sie meinte: ‚Ich habe Angst gehabt, wenn ich zu etwas Nein sage, bekomme ich keinen an-

deren Platz.‘ Nach zwei Tagen wurde sie heimgeschickt.“

R. hingegen, mit der Autorität ihrer 22 Jahre Erfahrung, sagt schon vor Antritt eines neuen Platzes sehr klar, was sie tun kann und was nicht – und akzeptiert dafür auch Eigenheiten der betreuten Klient*innen. „Ich habe ein Ehepaar gepflegt, da war der Mann bettlägerig, und sie hat sehr viel getrunken. Alle anderen Kolleginnen haben gewollt, dass die Dame nicht mehr trinkt – aber wenn sie ihr ganzes Leben lang getrunken hat, braucht sie mit 88 auch nicht mehr aufzuhören.“ R. sagt, sie mag ihren Beruf – und sie sieht, dass oft die eigene Familie nicht geeignet ist für die Pflege. „Oft akzeptieren die alten Leute fremde Menschen eher als die eigene Familie, da ist es besser, wenn jemand zum Pflegen kommt. Und wissen Sie, wie schwer es für ein Kind ist, zu sehen, wie die Mutter hilflos wird, Windeln tragen muss, sich nicht mehr anziehen kann? Das ist nicht einfach.“ Leicht ist es auch für die 24-Stunden-Betreuer*innen nicht, aber es gibt Wege, um es ihnen leichter zu machen. ▀

vereinbart hat – „doch die meisten haben nicht so viel Glück“. Auch für ihn waren am Beginn seiner Zeit in Österreich die Kolleginnen auf Facebook da, um ihn zu unterstützen. „Wir sind momentan wie eine Beratungsstelle. Es kommt immer wieder vor, dass eine Frau von der Familie, bei der sie beschäftigt war, mitten in der Nacht auf die Straße gesetzt wird. Aber solange wir kein Auto haben und keine Wohnung, um sie unterzubringen, können wir nicht konkret weiterhelfen, da fehlen uns die finanziellen Ressourcen“, sagt Dăgădiță.

Die dritte Forderung ist eine gesetzlich verpflichtende Qualitätszertifizierung der Agenturen – keine freiwillige Zertifizierung wohlgekerkt, denn das führt wieder zu einer Zwei-Klassen-Betreuung, wenn sich nur manche die teure zertifizierte Agentur leisten können. Silvia Rosoli, Leiterin der Abteilung Gesundheitsberuferecht und Pflegepolitik in der Arbeiterkammer Wien, sagt dazu: „Es braucht eine ordentliche Rahmengesetzgebung, in der Rechte und Pflichten von allen Beteiligten festgelegt sind, die einzuhalten sind.“ Auf nationaler Ebene allein genügt dies längerfristig nicht: „Das ist ja ein europäisches Phänomen mit grenzüberschreitenden Sachverhalten, darum braucht es da eine ganz klare europäische Mindestregelung. Der Kern einer solchen EU-Rahmenrichtlinie muss sein, dass Agenturen, die Menschen als Betreuer*innen vermitteln, sich registrieren lassen müssen.“ Nur so, sagt Rosoli, ließe sich verhindern, dass es zu Menschenhandel kommt. „Ich bin nicht für die Abschaffung der 24-Stunden-Betreuung, weil es den Bedarf eben gibt. Aber wenn ich das zulasse, muss ich es ganz klar regeln, und zwar für alle auf europäischer Ebene.“

Die Idee einer Anstellung schätzt Rosoli hingegen als unrealistisch ein. „Ich bin nicht dagegen, aber wenn ich alle Betreuer*innen anstelle, dann bringe ich das ganze System wahrscheinlich um, weil ich es verteuere. Wenn wir die Selbstständigkeit lassen, bleibt es

„Ich bin nicht für die Abschaffung der 24-Stunden-Betreuung, weil es den Bedarf eben gibt.“

Silvia Rosoli, AK Wien

A&W BLOG

Täglich neue Hintergründe, Fakten & Positionen

Josef Wöss

Leiter der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien



Zusammengefasst von Anja Melzer

Sozialstaat – Stabilitätsanker in der Krise

Die Krise trifft viele sehr hart. Mehr noch als sonst zeigt sich in einer derartigen Situation, wie wichtig ein gut ausgebauter und solider Sozialstaat ist. Was viele oft übersehen oder aus politischen Gründen nicht wahrhaben wollen: Die wahren Leistungsträger*innen in unserer Gesellschaft sind vielfach Berufsgruppen am unteren Ende der Einkommensskala. Eine der Lehren der Krise muss sein, dass ihre Arbeit in Zukunft ihrem Wert entsprechend und damit deutlich besser als bisher entlohnt werden muss. Auch das Gesundheitssystem ist ein gutes Beispiel dafür, wie berechtigt Warnungen vor Kürzungen in den Sozialbudgets sind. Parolen wie „Sparen im System“ sind noch in guter Erinnerung, ebenso wie der Verweis auf ein vermeintlich riesiges Einsparungspotenzial. De facto zielt das vor allem auf Personalabbau in den Spitälern und auf Reduktion der Zahl der Akutbetten. Heute können wir uns glücklich schätzen, dass dies weitgehend verhindert werden konnte.

Trotz Lahmlegung von weiten Teilen der Wirtschaft muss der Verlust von Arbeitsplätzen so niedrig wie möglich gehalten werden. Die von den Sozialpartnern entwickelte großzügige Kurzarbeitsförderung mit 80 bis 90 Prozent Lohnersatz ist dazu das beste Instrument. Wenig Aufmerksamkeit finden derzeit die Pensionen, nicht zuletzt, weil die gesetzliche Pensionsversicherung eben auch in Krisenzeiten reibungslos funktioniert. Hier erweist es sich als großer Vorteil, dass in Österreich 90 Prozent der Leistungen aus dem gesetzlichen System stammen und damit nicht an die dramatisch gesunkenen Börsenkurse angebunden sind.

Neustart – in die richtige Richtung

Da die Krisenbewältigung mit Sicherheit nicht von heute auf morgen zu schaffen sein wird, muss die erforderliche expansive Budgetpolitik von vornherein über etliche Jahre anlegt werden. Die Fehler bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise 2008/09 dürfen nicht wiederholt werden. Ein finanzieller Schutzschirm über die Sozialsysteme muss eines der zentralen Elemente des Krisenbewältigungsprogramms sein. Der erforderliche Neustart wird aller Voraussicht nach um einiges schwieriger werden, als viele sich das heute vorstellen. Aber Krisen bieten auch Chancen.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.

A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Europas großer Wurf

Die EU schnürt das größte Finanzpaket ihrer Geschichte, um Europa aus der Wirtschaftskrise zu katapultieren. Ein historischer Moment voller Tabubrüche sowie neuer Allianzen – und ein mögliches Game-Changing in Europa.



TEXT IRENE STEINDL

Im Morgengrauen des 21. Juli stieß der europäische Ratspräsident ein erleichtertes „We did it!“ aus. Beinahe wäre es der bisher längste EU-Gipfel der Geschichte geworden, als nach fünf harten Verhandlungen die Einigung der Mitgliedsländer über das EU-Budget und den EU-Wiederaufbaufonds auf dem Tisch lag: 70 Seiten, die festhalten, wer in den nächsten Jahren wie viel Geld aus dem EU-Budget bekommt und wie viel einzahlt. Das Ergebnis lässt sich sehen: 750 Milliarden Euro sollen allein in den Wiederaufbau der Mitgliedsländer fließen, davon 390 Milliarden über Zuschüsse und 360 Milliarden über Kredite. Hinzu kommt ein 1.074 Milliarden schweres EU-Budget für die nächsten sieben Jahre. Finanziert wird der Wiederaufbaufonds durch ein gemeinsames Darlehen aller EU-Staaten.

Ein historischer Moment

„Was derzeit passiert, ist historisch“, sagt die SPÖ-Europa-Abgeordnete Evelyn Regner. Dass die EU-Staaten gemeinsam Anleihen aufnehmen, also sich gemeinsam verschulden, das hat es noch nie gegeben. Die Gelder aus dem Wiederaufbaufonds sollen helfen, die COVID-19-Krise in den Mitgliedsländern zu bekämpfen, und verhindern, dass der Norden und der Süden Europas wirtschaftlich weiter auseinanderdriften. „Objektiv gesehen ist der Wiederaufbaufonds ein Schritt in die richtige Richtung“, so Oliver Röpke, Leiter des ÖGB-Büros in Brüssel und Präsident der Arbeitnehmer*innen-Gruppe im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA). „Das Volumen für den Wiederaufbau und das EU-Budget liegen weit über dem, was wir uns vor Corona hätten vorstellen können. Aber es gibt ein paar Wermutstropfen.“

Der größte Wermutstropfen sei das Vorgehen der „Sparsamen Vier“, zu denen neben den Niederlanden, Dänemark und Schweden auch Österreich zählt. Diese neue Allianz hat es geschafft, den

Anteil der Zuschüsse an die Mitgliedsländer von 500 Milliarden auf 390 Milliarden zu drücken. Das sei falsch, so Röpke. Die Zuschüsse helfen vor allem wirtschaftsschwachen Ländern, und davon profitieren wiederum alle. Österreich wickelt 70 Prozent seiner Wirtschaft im europäischen Binnenmarkt ab. Italien ist unser zweitgrößter Handelspartner. Kommt Italiens Wirtschaft nicht rasch auf die Beine, geht es mit Österreichs Wirtschaft ebenso rasch bergab. Statt eines gesamteuropäischen Bewusstseins hat Österreichs Bundeskanzler mit populistischen Botschaften, wie „keine Schuldenunion“ oder „mehr Rabatte für Österreichs Steuerzahler*innen“, innerhalb der EU für Unmut gesorgt. „Was hier geschieht, ist Politik nach Meinungsumfragen“, kritisiert auch Regner.

Das noch größere Übel: dass die von den „Sparsamen Vier“ durchgesetzten Kürzungen massiv zulasten von Zukunftsinvestitionen gehen, vor allem bei Klimaschutz, Just Transition (einem klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft) und Gesundheit. Der Just Transition Fund soll von den ursprünglich geplanten 37,5 Milliarden Euro auf 17,5 Milliarden gekürzt werden. Die Klima-Investitionsinitiative InvestEU wird von 31 auf vier Milliarden gekürzt. Das Gesundheitsprogramm EU4Health von geplanten 9,4 Milliarden auf 1,67 Milliarden. Sieht so die „Next Generation Europe“ aus, wie der Name des europäischen Wiederaufbauprogramms verkündet?

Knackpunkt Rechtsstaatlichkeit

Wo das Europäische Parlament ziemlich sicher nachschärfen wird, ist beim Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Im Zuge des Wiederaufbaufonds wurde erstmals explizit erwähnt, dass EU-Gelder nur dann fließen sollen, wenn die Mitgliedsländer Rechtsstaatlichkeit wahren. Das hätte den Gipfel fast zum Scheitern gebracht, denn Länder wie Ungarn oder Polen wollten dem partout nicht zustimmen. Was Orban & Co nun doch zu einer Zustimmung veranlasst hat: Die Formulierung ist schwammig und lässt viel zu viel Interpretationsspielraum. Das Europäische Parlament wird das vermutlich nicht so locker sehen: „Die EU ist ja kein stumpfer Geldverteilungsverein. Wir sind ein Bollwerk für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, so Regner.

Die Mitgliedsstaaten sollen sogenannte „nationale Pläne für Wiederaufbau und Widerstandsfähigkeit“ erarbeiten. Hier lauern einige Gefahren: „Gelder dürfen keineswegs für den neoliberalen Umbau ausgegeben werden“, fordert Röpke. Ganz im Gegenteil: Zusätzlich zum wirtschaftlichen Wiederaufbau brauche es einen sozialen, zum Beispiel eine europäische Initiative für faire Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten oder europäische Mindeststandards bei Arbeitslosigkeit, was ÖGB und AK seit Langem fordern.

Bevor allerdings die Länder die Ärmel hochkrepeln und nationale Pläne ausarbeiten, muss das Europäische Parlament dem Beschluss über das Finanzpaket zustimmen. Und das bäumt sich bereits gegen die Kürzungen auf. ▶

DIE VIER WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

1 / Die EU nimmt erstmals gemeinsam Anleihen auf

Der Europäische Rat hat sich auf ein 1.800 Milliarden schweres Finanzpaket geeinigt: 750 Milliarden Euro für den Wiederaufbaufonds und 1.074 Milliarden Euro für das EU-Budget der nächsten sieben Jahre. Das Geld für den Wiederaufbaufonds finanzieren die Mitgliedsstaaten solidarisch über gemeinsame Anleihen – ein historischer Moment! Ein wesentlicher Teil des europäischen Wiederaufbaufonds wird in Form von Zuschüssen vergeben (390 Milliarden Euro). Somit müssen wirtschaftsschwache Länder weniger Kredite aufnehmen.

2 / Kürzungen zulasten von Zukunftsinvestitionen

Die Allianz der „Sparsamen Vier“ hat jedoch Kürzungen im EU-Budget durchgesetzt – zulasten dringender Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, bei Just Transition und Gesundheit.

3 / Geld nur bei Rechtsstaatlichkeit

Zahlungen aus dem Fonds werden an „Rechtsstaatlichkeit“ gebunden. Geld fließt also nur, wenn Mitgliedsländer rechtskonform handeln. Die Vereinbarungen sind allerdings so schwammig, dass sich Orban & Co entspannt zurücklehnen. Das EU-Parlament wird hier vermutlich nachschärfen. Interessantes Detail: Erstmals in der europäischen Geschichte wird Rechtsstaatlichkeit explizit als Bedingung erwähnt.

4 / EU-Eigenmittel ab 2021

Die EU soll erstmals eigene Gelder einnehmen. Ab 2021 wird es eine Steuer auf Einwegplastik geben. Weitere Projekte ab 2023 sind eine CO₂-Steuer und eine Digitalsteuer. Auch eine Finanztransaktionssteuer ist im Gespräch. Die Einnahmen aus den Eigenmitteln sollen für eine frühzeitige Rückzahlung der Anleihen aus dem Wiederaufbaufonds genutzt werden.

Die Kraft der Utopie

Die Antworten auf die Corona- und die Klimakrise liegen in der sozial-ökologischen Transformation, sagt der Chefökonom der deutschen Gewerkschaft ver.di, Dierk Hirschel. Dafür fordert er allein für Deutschland 100 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen und Sozialausgaben.



DIERK HIRSCHEL
ÖKONOM

Dierk Hirschel, Jahrgang 1970, ist Chefökonom der deutschen Gewerkschaft ver.di und des DGB. 2019 kandidierte der ausgebildete Tischler und promovierte Volkswirt gemeinsam mit Hilde Mattheis für den SPD-Vorsitz.

BUCHTIPP

DAS GIFT DER UNGLEICHHEIT
Wie wir die Gesellschaft vor einem sozial und ökologisch zerstörerischen Kapitalismus schützen können.

Von Dierk Hirschel
ISBN 978-3-8012-0570-6

Das Frankenland ist bekannt für seinen Pessimismus. „Wenn der Franke ein halbes Glas vor sich hat, dann ist das Glas immer halb leer“, scherzt der gebürtige Franke Dierk Hirschel zu Beginn unseres Interviews. Wir treffen den drahtigen Chefökonom der deutschen Gewerkschaft ver.di per Skype. Das Bild zeigt ihn – lässig ohne Krawatte – nur ruckelig, die Tonspur ist abgehackt. Doch der Inhalt ist deutlich.

In seinem neuen Buch „Gift der Ungleichheit“ kämpft der Chefökonom der deutschen ver.di gegen Pessimismus und Sozialabbau an und macht eine Reihe progressiver Vorschläge, wie wir aus der Corona- und der Klimakrise kommen können. „Ich verstehe mein Buch als einen Appell an die progressiven Kräfte zusammenzuarbeiten“, erklärt der ehemalige Kandidat für den SPD-Vorsitz. Denn letztendlich brauche es für den sozial-ökologischen Umbau eine progressive Regierung. „Ohne eine soziale, außerparlamentarische Bewegung wird das aber nicht zustande kommen“, mahnt Hirschel.

INTERVIEW MICHAEL MAZOHL
FOTOS FIRAS SABBAGH/TONIC MEDIA

Wie hat es Deutschland Ihrer Ansicht nach bis jetzt durch die Krise geschafft?

Für Deutschland gilt, dass die Anti-Krisen-Politik weitgehend angemessen war und sehr schnell gehandelt wurde. Wir haben große Rettungsschirme aufgespannt – für Kommunen, für Sozialversicherungen, für den öffentlichen Nahverkehr, für Unternehmen. Das Kurzarbeiter*innengeld hat die Beschäftigten staatlich subventioniert in den Betrieben gehalten. In Deutschland ist die Arbeitslosigkeit zwar auch gestiegen, aber deutlich geringer als in Österreich. Ohne diese staatlichen Beihilfen wäre der Kapitalismus auf der Intensivstation vermutlich kollabiert, das konnte verhindert werden.

Was hätte besser laufen können?

Eine ganze Reihe an Bevölkerungsgruppen wurde von dieser Anti-Krisen-Politik nicht erfasst: die Soloselbstständigen oder auch Geringverdiener*innen, bei denen das Kurzarbeiter*innengeld nicht ausreicht. Insofern gibt es da durchaus Defizite. Bezeichnend ist auch, dass es genau

„Ohne staatliche Beihilfen wäre der Kapitalismus auf der Intensivstation vermutlich kollabiert“, fasst Hirschel die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise zusammen.

die systemrelevanten Berufsgruppen sind, die zumindest in Deutschland 20 bis 25 Prozent weniger verdienen als Arbeitnehmer*innen in anderen Bereichen – und das schreit geradezu nach Veränderung. Was die Geschlechterverhältnisse anlangt, hatten wir einen Rückfall in die siebziger und achtziger Jahre. Die Betreuungsarbeit landet überwiegend bei den Frauen, das ist in Deutschland nicht anders als in Österreich. Die entscheidende Frage, die sich daraus ergibt: Welche politischen Lehren ziehen wir daraus?

Besonders dramatisch ist die Situation auch für junge Menschen. In einem pessimistischen Szenario wird mit einer Jugendarbeitslosenrate von bis zu 30 Prozent in der EU gerechnet. Wie geben wir den jungen Menschen eine Perspektive?

Wir haben das Problem, dass Unternehmen Ausbildungsstellen streichen oder die jungen Auszubildenden nach dem Ende der Ausbildung nicht übernehmen. Dagegen gibt es unterschiedliche Konzepte, die wir eigentlich schon seit Jahren diskutieren. Das ist beispielsweise eine Umlage, die alle Unternehmen zwingt einzuzahlen und aus der dann die Ausbildung finanziert wird. Es kann keine Lösung sein, die Jugendlichen im Regen stehen zu lassen, sondern wir brauchen jetzt sehr schnell Antworten. Die bestehenden Verhältnisse müssen gesichert werden, und es muss bereits zu Ende des Sommers dafür gesorgt werden, dass alle, die einen Ausbildungsplatz suchen, auch einen bekommen.





„Aus gewerkschaftlicher Perspektive geht es immer um die Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit.“

Dierk Hirschel, Chefökonom der deutschen Gewerkschaft ver.di



„Wir brauchen eine klare Vorstellung und eine Agenda für den sozial-ökologischen Umbau“, so Hirschel.

Sowohl in Deutschland als auch in Österreich gibt es Modelle für Kurzarbeit, die jetzt auch verlängert werden. Spricht das nicht eigentlich für eine generelle Arbeitszeitverkürzung als Instrument gegen eine Krise, die uns wohl noch länger begleiten wird?

Aus gewerkschaftlicher Perspektive geht es immer um die Verteilung von Einkommen und Arbeitszeit. Das ist der gewerkschaftliche Kampf seit ihrer Gründung. Der 8-Stunden-Tag war eine der ersten zentralen gewerkschaftlichen Forderungen.

Wir haben eine ungleiche Verteilung der vorhandenen Arbeit, das steht außer Frage. In Deutschland arbeiten Geringverdiener aufgrund unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs weniger als sie wollen. Spitzenverdiener*innen machen hingegen unzählige Überstunden, bräuchten aber mehr Zeit für Familie und Freunde.

Das heißt: Das Problem der Verteilung von Arbeitszeit ist vielschichtig, wir haben eine Ungleichverteilung von Arbeitszeit zwischen den Einkommensgruppen, zwischen Arm und Reich, wenn man so will, und wir haben darüber hinaus bei vielen Menschen das Bedürfnis, die Arbeitszeit zu verkürzen. Darauf brauchen wir kollektive Antworten. Arbeitszeitverkürzung wird in den nächsten Jahren eine wichtige Rolle spielen müssen.

Mit den Lehren aus der Krise: Welche Verbesserungen brauchen unsere Sozialstaaten?

Ich würde zunächst auf dem Arbeitsmarkt beginnen. Unser zentrales Problem in Deutschland ist: In den 2000er-Jahren wurde unter der rot-grünen Regierung die Verhandlungsmacht von Beschäftigten und Gewerkschaften massiv geschwächt – durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Bei uns ist bekanntlich die prekäre Beschäftigung durch politische Hilfestellung massiv angewachsen, wir reden von Leiharbeitsverhältnissen, von sogenannten Mini-Jobs, von Werkverträgen, von unfreiwilliger Teilzeit, von Soloselbstständigen. Gleichzeitig ist ein gigantischer Niedriglohnsektor entstanden.

... für den ausgerechnet ein SPD-Bundeskanzler, Gerhard Schröder, verantwortlich zeichnet und mit dem er sich auch noch gerühmt hat ...

Ja, das ist ein trauriges Kapitel sozialdemokratischer Geschichte, zweifelsohne. Die SPD hat aber gelernt und versucht jetzt gegenzusteuern. Aber nur gegenzusteuern ist bei Weitem nicht ausreichend. Wir haben aktuell 25 bis 30 Prozent prekäre Beschäftigungsverhältnisse, und acht bis zehn Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor.

Tatsächlich wird in Österreich immer wieder diskutiert und gefordert, die Not-

standshilfe abzuschaffen, was der Einführung von Hartz IV nahekommt.

Finger weg! Was die Hartz-IV-Reformen letzten Endes bewirkt haben, war eine massive Schwächung von gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht. Hartz IV ist in Deutschland nichts anderes als eine institutionelle Stützung des Niedriglohnsektors. Wenn Österreich Verhältnisse haben will wie in Deutschland, mit einem großen Niedriglohnsektor, der sich verfestigt, dann müsst ihr Hartz IV einführen. Ich kann euch nur empfehlen, dagegen zu mobilisieren, auf die Gefahren aufmerksam zu machen und die deutschen Verhältnisse zu erklären. Solche sogenannten „Reformen“ sind ja keine Reformen, sondern Sozialabbau.

Was braucht der Sozialstaat noch?

Was sich jetzt vor dem Hintergrund der Krise geradezu aufdrängt, ist ein Ausbau der Daseinsvorsorge: der Bildungsbereich, das Gesundheitswesen, Teile der Energieversorgung, der öffentliche Nahverkehr. Da haben wir übrigens auch einen unmittelbaren Bezug zu dem ganzen Thema Klimawandel und ökologische Transformation. Das alles gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Wir reden da über gut 100 Milliarden Euro, die jedes Jahr investiert werden müssten, um den Sozialstaat substanziell auszubauen. Es ist die Aufgabe von Gewerkschaften, von Umwelt- und Sozialverbänden, von sozialen Bewegungen allgemein, dafür Druck

aufzubauen. Und dann möchte ich die Politiker*innen sehen, die dann sagen: „Dafür ist kein Geld da.“ Nachdem in der Krise 1,3 Billionen Euro in die Hand genommen wurden, um Unternehmen zu retten.

Was uns zur Frage führt: Wer soll das bezahlen? Passend zu Ihrem Buch „Das Gift der Ungleichheit“ wird derzeit wieder verstärkt die ungleiche Vermögensverteilung in Deutschland breit diskutiert. Den reichsten zehn Prozent der Deutschen gehören zwei Drittel des Nettovermögens. Deutschland ist also reich, aber die Deutschen nicht. Ähnlich in Österreich. Was sind denn Ihre Vorschläge, um diese extreme Schieflage zu korrigieren und gleichzeitig von den Reichen Beiträge zur Finanzierung der Krise zu bekommen?

Bei den Vermögen ist eines der zentralen Probleme, dass die nicht mehr besteuert werden. Wir haben die Vermögenssteuer abgeschafft, und die Erbschaftssteuer ist eine Bagatelsteuer in Deutschland. Wenn man die absoluten Zahlen betrachtet, haben wir in Deutschland ein Nettovermögen von zwölf Billionen Euro, davon ist die Hälfte Geldvermögen. Da müssen wir eine Debatte führen, wie das sein kann, dass einerseits eklatante öffentliche Armut herrscht, aber andererseits gigantischer privater Reichtum.

Noch dazu: Die reichsten Deutschen sind Erben, sie hatten nur das Glück, in die

„Eine Linke, aber auch Gewerkschaften ohne Utopie verlieren an Kraft.“

Dierk Hirschel

richtige Familie hineingeboren zu werden. Wenn es wirklich um die Übertragung von großen Vermögen an die nächste Generation geht, dann muss abkassiert werden, um das Geld entsprechend für gesellschaftlichen Fortschritt zu verwenden. Diese Ungleichheit ist die Wurzel vieler Übel, mit denen wir konfrontiert sind, und sie ist in den vergangenen zwanzig Jahren dramatisch gestiegen.

Schließen wir mit einer Utopie ab. Wie verändern sich Deutschland und Europa insgesamt in den nächsten fünf Jahren, wenn sie den Vorschlägen in Ihrem Buch folgen?

Wir hätten nur gute Arbeit, keinen Niedriglohnsektor mehr, keine prekäre Beschäftigung. Wir hätten soziale Sicherungssysteme, die niemanden in die Armut fallen lassen. Wir hätten ein vernünftiges Bildungswesen, das keinen zurücklässt. Wir hätten ein Gesundheitswesen, das nicht von Renditen getrieben ist. Wir hätten eine

der modernsten Infrastrukturen, was Digitalisierung und den öffentlichen Nah- und Fernverkehr angeht. Strom würde nur noch aus Solar- und Windenergie bezogen. Das ist aber noch nicht die Alternative zum Kapitalismus, über die müssen wir auch noch reden.

Wir brauchen eine klare Vorstellung und eine Agenda für den sozial-ökologischen Umbau. Dafür müssen wir mobilisieren und parallel Debatten über eine gesellschaftliche Utopie führen. Wer in die Geschichte zurückschaut, wird feststellen, dass Utopien ein Kraftquell für politische Bewegungen sind. Utopien verändern Gesellschaften. Eine Linke, aber auch Gewerkschaften ohne Utopie verlieren an Kraft. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als uns in den nächsten Jahren darum zu bemühen, eine solche gesellschaftliche Utopie zu entwickeln. ▀



& ONLINE

Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

Aus der Krise in die Krise

**Ist die Corona-Krise nur ein Probelauf für die Klimakrise?
Und was können wir jetzt tun, um beiden Krisen entgegenzuwirken?**

TEXT MICHAEL MAZOHL

Da sitzen sie, fünf junge Männer, die Masken baumeln unter ihrem Kinn. Eine Frau tritt auf sie zu und schreit energisch: „Sie wissen aber schon, dass Sie in der U-Bahn die Maske aufsetzen müssen?!“ Mürrisch und mit verdrehten Augen werden die Masken über das Gesicht gezogen.

Masken in der U-Bahn als Beitrag zur Bewältigung einer Pandemie, die Österreich und den Rest der Welt in eine tiefe wirtschaftliche und soziale Krise stürzt – diese Masken zu tragen, das ist eigentlich nicht viel verlangt. Wenn man den Gedanken ein wenig weiterspinnt, kann man sich schnell die Frage stellen: Eine Gesellschaft, die es nicht schafft oder teils zu egoistisch ist, Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln aufzusetzen – wird es diese Gesellschaft schaffen, viel komplexere und bedrohlichere Krisen wie die Klimakatastrophe abzuwenden?

Eine kapitalistische Wirtschaft wird laufend von Krisen getroffen, prophezeite die marxistische Krisentheorie vor mittlerweile 150 Jahren. Und ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt: Das ist vielleicht gar nicht so falsch. Die vergangene Wirtschafts- und Finanzkrise hat der Kapitalismus sogar definitiv selbst verursacht, da gab es kein Virus, das die Banken befahl. Wenn Krisen also ein fixer Bestandteil unseres alles bestimmenden Systems sind, wirft das eine große Frage auf: Was können wir aus einer Krise für die absehbar nächste Krise lernen?

Klimakrise auf dem Teller serviert

Sehr schnell und dramatisch hat uns die Corona-Krise eine ganze Reihe von Fehlern in unserem kapitalistischen System aufgezeigt. Darunter fällt auch eines der Liebkinder von Herrn und Frau Österreicher*in: das Fleisch. Was den Fleischkonsum angeht, gehört Ös-

terreich zu den Europameistern – Österreich liegt auf Platz drei im EU-Vergleich. Österreicher*innen essen in ihrem Leben im Durchschnitt 5,9 Tonnen Fleisch.

Die von Deutschland ausgehende Debatte über die prekären Arbeitsbedingungen am Beispiel des Fleischproduzenten Tönnies schwappte schnell auf Österreich über. Auf der einen Seite stehen: Tierfabriken, Tierleid, prekäre und ausbeuterische Arbeitsbedingungen. Auf der anderen Seite steht der Umweltaspekt: der Wasserverbrauch, die riesigen Mengen an Futtermitteln, die verschlungen



Quelle Abb. 1: IATA, Statista ID 975460, 2020 / Abb. 2: E-Control, Statistik Austria, Berechnungen AK Wien

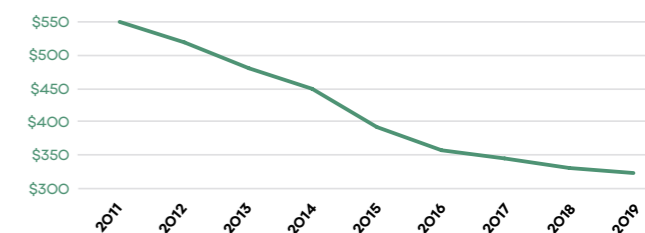
werden, und der natürlich bedingte CO₂- und Methanausstoß – was Rindviecher wiederkäuen, dann rülpfen und am hinteren Ende herausblasen, verursacht 15-mal mehr Treibhausgase als Gemüse.

Lieber Standards als Preise erhöhen

Eine häufige Forderung lautet, Mindestpreise für Fleisch festzulegen. Tatsächlich hat sich der Preis für Schweinefleisch seit den siebziger Jahren halbiert. Die Annahme ist, dass sich durch einen höheren Fleischpreis, mit dem das Kilo Schnitzfleisch nicht mehr 2,50 Euro kosten kann, die Produktionsbedingungen verbessern und der Konsum reduziert wird. Die Kritik daran lautet: Es verbessert sich durch Mindestpreise nur der Gewinn der Produzenten, und weniger kaufkräftige Konsument*innen könnten sich kein Schnitzel mehr leisten. Um sicherzugehen, dass sich auch die Produktionsbedingungen verbessern und das Leid der Tiere verringert, wäre es besser, die Mindeststandards für die Produktion zu erhöhen, inklusive eines Verbots von Werkverträgen oder ähnlichen Konstruktionen. Gewinnen würden Arbeiter*innen und Tiere, höhere Preise wären ein automatisches Resultat – und wohl etwas weniger Fleischverzehr, worüber sich die Umwelt freuen würde.

Die Erhöhung von Mindeststandards könnte der Schlüssel zur Lösung einer Reihe von Problemen sein, bei denen einerseits Menschen ausgebeutet und andererseits die Umwelt extrem belastet wird – beispielsweise auch im Flugverkehr.

Durchschnittliche Ticketpreise im weltweiten Luftverkehr



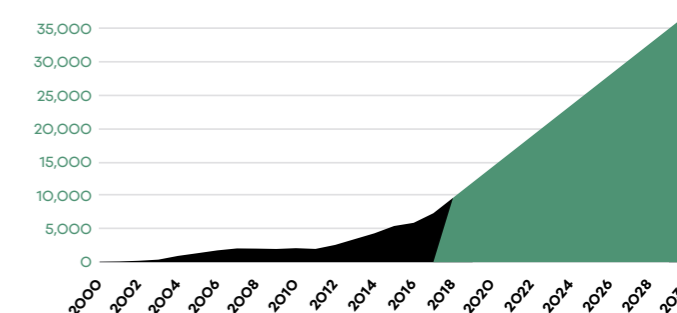
Vor der Corona-Krise dominierte Preisdumping die Branche. Billigflüge kosteten weniger als die Fahrt mit dem Taxi zum Flughafen. Doris Artner-Severin, Referentin der Abteilung Umwelt und Verkehr in der AK Wien, bringt es auf den Punkt: „Allen voran zeigt Ryanair, wie man wirtschaftliche Existenzängste von Beschäftigten instrumentalisiert, um eine Abwärtsspirale von arbeits- und sozialrechtlichen Standards in Gang zu setzen.“

Ob Mindestpreise, Aufschläge oder Gebühren einen Lenkungseffekt in Richtung anderer Verkehrsmittel haben? Bestimmt. Aber verbessern sich dadurch die Arbeitsbedingungen? Dazu braucht es zusätzliche Instrumente. In Österreich könnte ein Branchen-Kollektivvertrag Lohn- und Sozialdumping verhindern. Übrigens nicht nur zum Vorteil der Beschäftigten, sondern auch zum Vorteil der Unternehmen – denn derzeit haben die Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil, die angemessen entlohnen und hohen Wert auf die Qualifikation ihrer Mitarbeiter*innen legen.

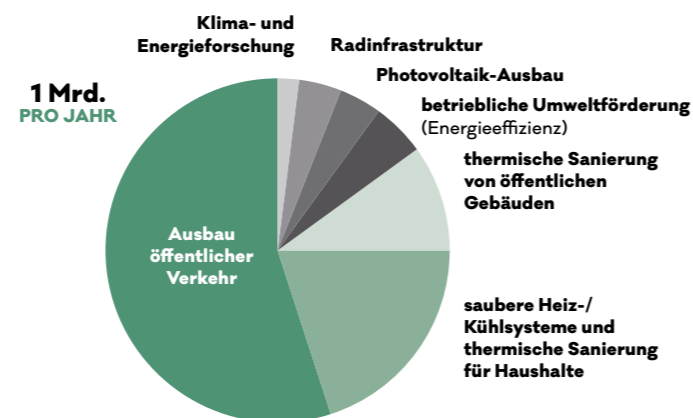
Unter Strom

Eine beinahe apokalyptische Schlagzeile lieferte das Energieunternehmen Wien Energie Mitte März: 53 Mitarbeiter*innen begaben sich auf dem Kraftwerksgelände in Isolation, um im Fall des Falles die Strom- und Fernwärmeversorgung sicherzustellen. Ein kleines Corona-Schlaglicht, das uns unsere vollständige Abhängigkeit von Elektrizität vor Augen führte.

Notwendige Entwicklung der Ökostromproduktion in Gigawattstunden exkl. Wasserkraft (Prognose)



AK-Klimainvestitionspaket 2020–2030



Jobs, Jobs, Jobs

Klimainvestitionen bringen einen doppelten Vorteil: Einerseits rücken die Klimaziele in Reichweite – ganz abgesehen von der höheren Lebensqualität, die viele Maßnahmen mit sich bringen, Stichwort Hitzeschutz. Andererseits tragen staatliche Investitionen – nicht nur solche in den Klimaschutz, sondern etwa auch in den Sozialstaat, den Wohnbau und die Digitalisierung – dazu bei, dem Konjunkturreinbruch entgegenzuwirken.

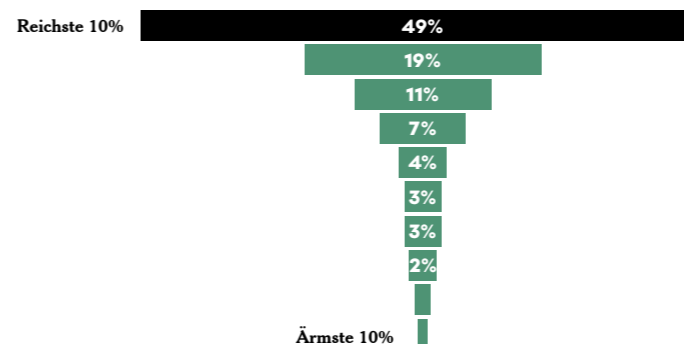
Investitionen schaffen schließlich auch Arbeitsplätze. Und die sind dringend notwendig. Klar ist: Der Arbeitsmarkt ist schwer angeschlagen, und es wird – einer drohenden Insolvenzwelle im Herbst sei Dank – noch schlimmer werden. Eine Möglichkeit, den Betroffenen eine Perspektive sowie ein Einkommen zu geben sowie gleichzeitig die Nachfrage zu stützen, sind Jobgarantien.

„Der Staat macht ein bedingungsloses Jobangebot an jeden, der zu einem sozialverträglichen Lohn inklusive Sozialleistungen arbeiten möchte. Die Jobgarantie basiert auf der Grundidee, dass es die Verantwortung des Staates ist, die nötigen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, wenn der Privatsektor hierzu nicht in der Lage ist“, so Maurice Höfgen und Dirk Ehnts, Ökonomen der Samuel-Pufendorf-Gesellschaft für politische Ökonomie. Die Idee dahinter ist es, Jobs auf Stadt- oder Gemeindeebene zu schaffen, die dem Gemeinwohl dienen – denn „es gibt einen massiven Bedarf an Arbeit, um die öffentliche Daseinsvorsorge auszuweiten oder auch soziale und ökologische Missstände zu korrigieren“, ergänzen die beiden Ökonomen.

Steuern, die steuern

Sowohl der Klimaschutz als auch die Bewältigung der Klimakrise kosten eine Menge Geld – wie viel genau, ist noch nicht seriös abschätzbar. Wie soll das alles bloß bezahlt werden? Ein heiß diskutierter Vorschlag sind CO₂-Steuern. Eine CO₂-Steuer bewirkt allerdings eher Lenkungs- als Finanzierungseffekte, da sie klimafreundliches

CO₂-Emissionen der Weltbevölkerung nach Einkommensgruppen



Verhalten belohnt und schädliches bestraft. Zudem ist es sozialpolitisch wichtig, CO₂-Steuern bei niedrigen Einkommensgruppen zu kompensieren – was allerdings gar nicht vollständig möglich ist, wie der Budgetdienst des Parlaments 2019 aufzeigte: Etwa ein Drittel der Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen wäre durch eine CO₂-Steuer auf Heiz- und Treibstoffe finanziell stark belastet.

Ausgerechnet diese ärmste Einkommensgruppe trägt statistisch betrachtet einen relativ kleinen Teil zur schlechten CO₂-Bilanz bei. Den mit Abstand höchsten Anteil, nämlich beinahe die Hälfte des CO₂-Verbrauchs, verursachen die zehn Prozent der reichsten Haushalte. Ein Umstand, der auch nicht gerade gegen Erbschafts- und Vermögenssteuern spricht.

Soziale Ausgewogenheit

Es gibt also eine Reihe von Ansätzen, und noch viel mehr als hier vorgestellt, die sowohl der Corona- als auch der Klimakrise gegensteuern. Unter dem Strich darf eines nicht passieren: dass wie nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 wieder die Arbeitnehmer*innen praktisch allein zur Kasse gebeten werden. Auch wenn man ein Virus nicht an der Krisenfinanzierung beteiligen kann, wie man die Banken beteiligen und später den Finanzmarkt regulieren hätte können, so gibt es doch Player, die mehr zur Verantwortung gezogen werden sollten. Superreiche Haushalte wurden bereits genannt, aber auch mit Unternehmen, die ihre Gewinne in Steuersümpfe verschieben, sollte anders verfahren werden.

Alle Maßnahmen verbindet, dass sie nur zu einem Teil von der Selbstverantwortung abhängig sind. Denn das einleitende Beispiel mit der Maske zeigt: Krisen brauchen einen Mix aus Selbst- und Fremdverantwortung – und jede Menge Lehren, die aus ihnen gezogen werden. Denn im Kapitalismus ist eines sicher: die nächste Krise. Ob ein System, das periodisch Krisen produziert, das richtige ist – das ist eine andere Geschichte. ▀

Quelle Abb. 1: Arbeiterkammer / Abb. 2: Oxfam, 2015

DREI LEHREN AUS DER KRISE

Wir müssen jetzt einen sozial-ökologischen Umbau wagen, der ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt und für eine gerechtere Verteilung von Wohlstand sorgt.

1 / Investitionen

Die Pandemie hat uns die Bedeutung des Gesundheitswesens erneut bewusst gemacht – und des Sozialstaats im Allgemeinen. Investitionen in die Daseinsvorsorge, aber auch in Digitalisierung, erneuerbare Energien sowie den Klimaschutz federn den Konjunkturreinbruch ab, sorgen für neue Jobs, damit für Nachfrage und vor allem: Sie erhöhen unser aller Lebensqualität.

2 / Verteilung

Eine besonders harte Debatte muss mit den und über die Vermögenden geführt werden, die zur Finanzierung der Krisenkosten und der öffentlichen Aufgaben allgemein keinen fairen Beitrag leisten wollen. Die Superreichen sind es auch, die den höchsten Ausstoß an CO₂ zu verantworten haben. An der Forderung einer befristeten Vermögensabgabe, einer Vermögenssteuer sowie einer Besteuerung von Erbschaften führt kein Weg aus der Krise vorbei.

3 / Mindeststandards

Ob Fleischindustrie, Flugindustrie, Paketzustellung oder 24-Stunden-Pflege – die Corona-Krise hat ein Schlaglicht auf eine Reihe von Missständen geworfen, die dringend repariert werden müssen. Werkverträge und andere prekäre und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden. Höhere Mindeststandards von der Produktion bis zum Arbeitnehmer*innenschutz verbessern die Situation der Beschäftigten, heben die Qualität und sorgen für Kostenvahrheit statt Dumpingpreisen und -löhnen.

Mut zu großen Schritten



WOLFGANG KATZIAN
ÖGB-PRÄSIDENT

Die Corona-Pandemie ist eine globale Ausnahmesituation von historischer Dimension – mit enormen sozialen, wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen. Sie führt uns klar vor Augen, was in Krisenzeiten funktioniert, wer die wahren Leistungsträger*innen sind und wie sehr es starke Gewerkschaften braucht, damit die Arbeitnehmer*innen nicht die Leidtragenden sind. „Mehr privat, weniger Staat“ hat endgültig ausgedient, niemand kommt mehr auf die Idee zu sagen, der Sozialstaat wäre aufgeblasen oder öffentliche Dienstleistungen müssten privatisiert werden – gut so. Trotzdem haben wir noch einen langen Weg vor uns, um aus dieser Krise herauszukommen. Dazu braucht es Mut zu großen Schritten:

Was jetzt wirklich zählt

Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich viel zu langsam, viele Menschen kämpfen um ihre Existenz. Eines unserer wichtigsten Ziele ist, mit Maßnahmen wie der Kurzarbeit Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Aber das reicht nicht. Wir müssen auch gegenwärtig Arbeitslose wieder in Beschäftigung bringen. Mehr Personal im AMS wäre ein wichtiger Schritt vorwärts.

Nehmen wir zum Beispiel unser Gesundheitssystem: Hätten wir umgesetzt, was Rechnungshof, Agenda Austria und andere gefordert haben (drei Milliarden Euro einsparen, Spitalbetten und Intensivbetten abbauen etc.), würden wir heute über ganz andere Themen reden. Ein gut ausgebauter Sozialstaat mit einem guten Gesundheitssystem und sozialer Absicherung hat bei der Krisenbewältigung seine Wichtigkeit unter Beweis gestellt. Die Lehre daraus muss sein, dass es nicht nur in der Krise einen aktiven Staat braucht: dass also Investitionen in soziale Infrastruktur, Städte und Gemeinden sowie insbesondere in den Klimaschutz (z. B. öffentlicher Verkehr, Gesundheit, Bildung, Pflege und Betreuung, Wohnbau, Energieeffizienz und Gebäudesanierung) Vorrang haben müssen.

Mehr Geld im Börserl bedeutet mehr Geld zum Ausgeben. Das wäre neben dem wohlverdienten Danke für die Held*innen, die unser Leben am Laufen gehalten haben, auch ein Effekt des Corona-Tausenders – und es ist auch ein wichtiges Argument in unserem Kampf für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes. ►

ÖGB VERLAG | SHOP
Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at



Buch + e-book

Handbuch für Sicherheitsvertrauenspersonen

Hildegard Weinke (Hrsg.)

Mit Beiträgen von Harald Bruckner, Johanna Klösch, Julia Nedjelic-Lischka, Petra Streithofer und Hildegard Weinke
2. Auflage / 2020 / 536 Seiten / EUR 49,90
ISBN 978-3-99046-457-1

Sicherheitsvertrauenspersonen sind ArbeitnehmervertreterInnen mit einer besonderen Funktion beim Sicherheits- und Gesundheitsschutz. Sie sind die Drehscheibe, wenn es um sicherheits- und gesundheitsrelevante Aspekte im Betrieb geht. Sie sind es, die für die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb ein offenes Ohr haben, wenn es um Bedenken hinsichtlich der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit geht. Sicherheitsvertrauenspersonen sind diejenigen, die auf den ArbeitnehmerInnenschutz im Betrieb ein wachsames Auge haben und die ArbeitgeberInnen auf eventuelle Mängel hinweisen. Aufgrund ihrer Expertise wissen sie, wer für Hilfe, Rat und Tat kontaktiert werden kann. Das Handbuch für Sicherheitsvertrauenspersonen unterstützt diese bei ihrer täglichen Arbeit für den Sicherheits- und Gesundheitsschutz und bietet umfangreiche Fachinformation mit zahlreichen Tipps und Beispielen aus der Praxis.

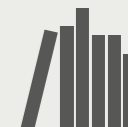
**Gratisversand
in Österreich**

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

Rathausstraße 21, 1010 Wien
shop@oegbverlag.at
Telefon 01/405 49 98-132
Fax 01/405 49 98-136
Montag bis Freitag, 9.00–18.00 Uhr

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
office@oegbverlag.at
Telefon 01/662 32 96-0
Fax 01/662 32 96-39793





WAS KOSTET SCHULE?

Schulkostenerhebung 2020/21

Eine neue Schultasche, Hefte und Stifte, Skikurs, Ausflüge oder Nachhilfe – Schule kostet! Wie viel ein Schuljahr aber wirklich kostet, bleibt oft verborgen. Außerdem werden die Belastungen für Familien nach der Corona-Krise heuer noch höher ausfallen. Aus diesem Grund führt die Arbeiterkammer gemeinsam mit dem Forschungsinstitut SORA die große Schulkostenstudie durch.

WER KANN MITMACHEN?

Alle Eltern von Schulkindern – egal, ob Volksschule, (Neue) Mittelschule, AHS, HAS, HAK, HTL, PTS/FMS, Privatschulen etc.

WIE MITMACHEN?

Einfach auf www.schulkosten.at bis 30.09.2020 registrieren. Dort finden Sie auch weiterführende Informationen zur Studie.

Als kleines Dankeschön gibt es monatliche Gewinnspiele.



Sie haben Fragen zu Ihrer Teilnahme?

Die Forscherinnen und Forscher von SORA helfen Ihnen gerne weiter: Tel.: 0677/637 469 70, E-Mail: schulkosten@sora.at
www.schulkosten.at

S O R A



WIEN

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW